



# **Stadt Aarau**

## **Protokoll des Einwohnerrates**

### **1. Sitzung 2013**

vom Montag, 21. Januar 2013, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

#### **Vorsitzender**

Marc Dübendorfer, Präsident

#### **Anwesend**

48 Mitglieder des Einwohnerrates  
6 Mitglieder des Stadtrates  
Felix Fuchs, Stadtbaumeister  
Daniel Fondado, Präsident Schulpflege  
Barbara Dumont, Mitglied Schulpflege  
Ivo Speck, Mitglied Schulpflege  
Marius Stadtherr, Mitglied Schulpflege  
Emanuela Wertli, Mitglied Schulpflege  
Urs Erdin, Schulleiter Musikschule

#### **Protokoll**

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

#### **Entschuldigt abwesend**

Christian Dubs, Einwohnerrat  
Gabriela Suter, Einwohnerrätin  
Carlo Mettauer, Vizeammann  
Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

# Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	3
2. Inpflichtnahme von Marc Bachmann als neues Ratsmitglied (anstelle von Raffaele Castellani)	4
3. Ersatzwahl einer Stimmzählerin oder eines Stimmzählers für den Rest der Amtsdauer 2012/2013	5
4. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts für	8
4.1 <b>Moorthy, Schairam</b> , geb. 2000, srilankischer Staatsangehöriger	
4.2 <b>Ristic geb. Petrovic, Violeta</b> , geb. 1977, und die beiden Kinder <b>Aleksandar</b> , geb. 1999, und <b>Ivan</b> , geb. 2002, alle serbische Staatsangehörige	
4.3 <b>Karapolat, Özge</b> , geb. 1999, türkische Staatsangehörige	
4.4 <b>Ivanovic, Nikola</b> , geb. 1992, serbischer Staatsangehöriger	
4.5 <b>Ivanovic, Stefan</b> , geb. 1995, serbischer Staatsangehöriger	
4.6 <b>Saric, Mato</b> , geb. 1966, und seine Ehefrau <b>Saric geb. Djogasevic, Jelka</b> , geb. 1966, beide kroatische Staatsangehörige	
4.7 <b>Bärthel, Jan</b> , geb. 1973, und seine Ehefrau <b>Wickboldt Bärthel, Andrea</b> , geb. 1972, mit der Tochter <b>Bärthel, Annemarie Pia</b> , geb. 2008, alle deutsche Staatsangehörige	
4.8 <b>Eichenberger, Marie</b> , geb. 1948, tschechische Staatsangehörige	
5. Anfragen	
5.1 Mario Serratore: Erkenntnisse und Stand der Umsetzung aus der Verwaltungsanalyse Werkhof	6
6. Erneuerung Schlossplatz, Bauprojekt	10
7. Erneuerung und Renovierung des Abwassersystems in der General Guisan-Strasse und der Goldernstrasse	16
8. Infrastrukturanlagen Torfeld Süd und Verbindungsspanne Buchs Nord; Baukredite	18
9. Reglement der Musikschule und über das Anstellungsverhältnis der Musiklehrpersonen der Stadt Aarau	27
10. Erhöhung der Schulleitungspensen um 100 Stellenprozente	35
11. Beschlussfassung über die Erheblicherklärung des Postulates der CVP, FDP und SVP: Umsetzung von Stabulo 2	42
12. Kreditabrechnung Fussgängerbrücke Gais (Neubau)	44
13. Kreditabrechnung Hintere Bahnhofstrasse, Mittelteil	45

## **1. Mitteilungen**

---

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Ich eröffne die erste Sitzung im neuen Jahr 2013 und möchte alle Anwesenden herzlich begrüßen. Vor dieser Sitzung fand mit dem Stadtrat zusammen eine Informationssitzung statt, an welcher die im Jahre 2013 anstehenden Geschäfte vorgestellt worden sind. Zuerst eine wichtige Information: Am 12. Februar soll vor der Sachkommissionssitzung eine Informationsveranstaltung zur Vorlage Schulraumerweiterung stattfinden. Bitte studieren Sie dazu die Unterlagen, welche Ihnen zugestellt werden und reservieren Sie sich diesen Termin gleich nach den Sportferien. Ich bitte auch alle, sich das Wochenende vom 31. August und 1. September 2013 zu reservieren. Wir werden dann den Ausflug nach Reutlingen unternehmen. Im Februar werden die Informationen den Fraktionen zugestellt werden, sodass dort eine Willensbildung stattfinden kann, wer alles an dieser Reise teilnehmen möchte. Die näheren Details dazu werden folgen. Es hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet mit Hans Fügli, Sonja Eisenring und mir. Wir sind wacker am Arbeiten und die Kontakte nach Reutlingen sind bereits hergestellt. Der Ausflug als solches ist gebucht, wir wissen nur noch nicht, mit wie vielen Teilnehmenden wir nach Reutlingen reisen werden. Ansonsten haben wir heute eine sehr reichhaltige Sitzung vor uns und werden deshalb gleich beginnen. Ich habe selber eine Bemerkung zur Traktandenliste und möchte folgendes beliebt machen: Beim Traktandum 3, Ersatzwahl Stimmzähler, liegt ein Wahlvorschlag der SP, nämlich Marc Bachmann, vor. Wir werden unter Traktandum 3 behandeln, ob es noch weitere Vorschläge gibt. Die Abstimmung wird anschliessend aber zuerst ausgezählt werden müssen. Der neugewählte Stimmzähler wird nachher beim Traktandum 4, Zusicherungen des Gemeindegewählterrechts, gleich zum Einsatz kommen. Damit wir Zeit haben, die Wahl des Stimmzählers auszuzählen und nicht jemanden kurzfristig als Ersatzstimmzähler vorschlagen und wählen müssen, schlage ich Ihnen vor, dass wir die Traktanden 4 und 5 bei der Behandlung tauschen. Nach der Wahl des Stimmzählers könnten die Stimmen ausgezählt werden. Dies würde Alexander Umbricht alleine mit Anton Aeschbach machen, sofern es aus den Reihen des Rates keine Proteste gibt. Anschliessend kann das Resultat bekanntgegeben werden. Wir könnten dann aber bereits der Beantwortung der ersten Anfrage zuhören. Gibt es Einwände dagegen aus dem Rat, die Traktanden 4 und 5 bei der Behandlung zu tauschen? Das ist nicht der Fall. Wir werden das also in dieser Art durchführen.

Der **Präsident** gibt die Entschuldigungen bekannt.

## *Traktandum 2*

### **2. Inpflichtnahme von Marc Bachmann als neues Ratsmitglied (anstelle von Raffaele Castellani)**

---

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Das Wahlbüro der Stadt Aarau hat **Marc Bachmann** (anstelle von Raffaele Castellani) mit Entscheid vom 14. November 2012 als gewählt erklärt. Er hat die Wahl angenommen.

**Der Vorsitzende** verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

**Marc Bachmann** leistet das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: *"Ich gelobe es"*.

Das neue Mitglied des Einwohnerrates stellt sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Ich heisse Marc Bachmann herzlich im Einwohnerrat willkommen und wünsche ihm eine interessante Zeit.

### Traktandum 3

## 3. Ersatzwahl einer Stimmzählerin oder eines Stimmzählers für den Rest der Amtsdauer 2012/2013

---

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Wir wählen heute die Nachfolge von Raffaele Castellani als Stimmzähler für den Rest der Amtsdauer 2012/2013. Von der SP-Fraktion wird **Marc Bachmann** zur Wahl vorgeschlagen. Liegen weitere Wahlvorschläge vor?

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge gemacht werden, erfolgt die schriftliche Wahl.

### Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>		48
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>		48
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>		
	- ganz leere	2
	- ungültige	0
		<hr/>
<b><i>In Betracht fallende Wahlzettel</i></b>		<b>46</b>
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>		46
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>		
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		0
		<hr/>
<b><i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i></b>		<b>46</b>
<b><i>Absolutes Mehr</i></b>		<b>24</b>
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>		
<i>Stimmen haben erhalten:</i>		
<i>Marc Bachmann</i>		46
<b><i>Es ist gewählt:</i></b>		
<b><i>Marc Bachmann</i></b>		<b>46</b>

#### 4. Anfrage Mario Serratore: Erkenntnisse und Stand der Umsetzung aus der Verwaltungsanalyse Werkhof

---

Am 14. September 2012 hat Einwohnerrat **Mario Serratore** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Welches sind aus der Sicht der Berichtsverfasser die wichtigsten Erkenntnisse, die aus der Analyse hervorgegangen sind?*
2. *Welches sind die wichtigsten Massnahmen zur Optimierung des Werkhofes, die aus dem Bericht hervorgehen?*
3. *Welche Massnahmen sind bisher schon umgesetzt worden?*
4. *Welche Massnahmen sind noch nicht umgesetzt worden und warum nicht?*
5. *Welche Erkenntnisse aus dem Bericht können allenfalls auch auf andere Abteilungen übertragen bzw. angewendet werden?*
6. *Wann wird der Bericht dem Einwohnerrat zur Einsicht zur Verfügung gestellt?*

**Regina Jäggi:** Ich komme gleich zur Beantwortung der Fragen:

*Frage 1:* Im Management-Summary halten die Berichterstatter fest, dass der Werkhof der Stadt Aarau funktioniere und seine Aufgaben weitgehend mit den richtigen Leuten richtig ausführe. Er bündle seine Kräfte sinnvoll, setze er doch rund 90 % seiner Mittel für die Erfüllung seiner Hauptaufgaben ein. Der Werkhof verfüge über Akzeptanz in der Bevölkerung und setze die vorhandenen politischen Vorgaben um. Trotzdem gebe es Handlungsbedarf. Dieser wird im Abschlussbericht und in ergänzenden Stellungnahmen der Auftragnehmer, die der Stadtrat eingefordert hat, in einer ganzen Reihe von vorgeschlagenen Massnahmen aufgezeigt.

*Frage 2:* Die Berichterstatter orten Einsparpotenzial insbesondere beim Fahrzeugpark und bei der Optimierung bzw. Minimierung von unproduktiven Stunden im Tagesablauf. Diesbezügliche Massnahmen sind im Detail aufgezeigt und zu einem guten Teil heute vom Stadtbauamt bereits umgesetzt worden. Die Berichterstatter sind zum Schluss gekommen, dass mit der Optimierung von Arbeitsabläufen und mit der Minimierung von unproduktiven Stunden ein Einsparpotential von 5 Stellen vorhanden ist. Eine Überprüfung ihrer Angaben hat ergeben, dass lediglich 3 ½ Stellen eingespart werden können. 1 ½ Stellen von diesen 3 ½ Stellen sind bereits zugunsten einer "sauberen Stadt" eingesetzt worden. Die restlichen 2 Stellen sind vom Stadtrat eingespart worden.

*Frage 3:* Die neben dem Werkmeister ausgeübte vollamtliche Führungsfunktion seines Stellvertreters wurde aufgehoben. Der Werkmeister führt die Vorarbeiter seit Anfang 2012 direkt

und einer der Direktunterstellten übernimmt die Funktion der Stellvertretung des Werkmeisters. Spezialisten werden nur noch dort rekrutiert und eingesetzt, wo sie wirklich benötigt werden. Das Schwergewicht – zugunsten Polyvalenz und Durchlässigkeit – soll bei gut ausgebildeten Generalisten mit und ohne Berufslehre gelegt werden. Der Werkmeister hat die vorgeschlagenen Massnahmen zum effizienteren Personaleinsatz und zur Vermehrung der produktiven Zeiten bereits angeordnet. Fahrzeuge und Maschinen mit ungenügender Auslastung sind zum Teil bereits veräussert worden und es wurde auf die entsprechende Wiederbeschaffung verzichtet. Kaderleute des Werkhofes führen keine regelmässigen operativen Arbeiten mehr aus. Die durch eine Pensionierung frei gewordene Stelle per Ende 2012 wurde nicht mehr besetzt. Das gleiche gilt für eine Stelle, die durch Übertritt in die IV per 1. Januar 2013 zur Neubesetzung frei geworden wäre. Zusammen mit der nicht mehr besetzten Funktion des Werkmeister-Stellvertreters sind somit insgesamt 3 Vollstellen eingespart worden.

*Frage 4:* Neben verschiedenen Massnahmen, die laufend weiter umgesetzt werden sollen, hat der Stadtrat diejenigen Massnahmen vorderhand zurückgestellt, die abteilungsübergreifende, komplexe Anpassungen und tiefgreifende Veränderungen an Schnittstellen zu anderen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen zur Folge hätten. Diese Massnahmen sollen im Rahmen von Stabulo 2 eingehend geprüft und allenfalls dann umgesetzt werden.

*Frage 5:* Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass es durchaus Sinn macht, Aufgabenbereiche innerhalb der Verwaltung von Zeit zu Zeit durch eine externe Fachstelle im Hinblick auf Effizienz und Effektivität überprüfen zu lassen. Die vom Stadtrat gemachten Erfahrungen werden jenem im Rahmen des Projekts Stabulo 2 zu Gute kommen.

*Frage 6:* Die vollständigen Unterlagen liegen, in einem Ordner zusammengestellt, ab sofort zur Einsichtnahme bis zum 25. Februar 2013 in der Aktenuaflage des Einwohnerrates auf.

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Ich habe noch eine weitere Information oder Anfrage: Bezüglich Stabulo 2, Einsetzung eines Begleitgremiums "Aufgaben, Leistungen", haben alle Fraktionen von der Stadtverwaltung ein Schreiben erhalten. Ich frage nun, ob alle Fraktionen eine Rückmeldung dazu abgegeben haben, denn heute läuft die Frist ab. Wer der Stadtkanzlei noch niemand gemeldet hat, soll das bitte noch nachholen. Ich habe gehört, dass in diesem Zusammenhang Rückfragen an die Stadt gerichtet worden sind, mit welchem ungefähren Aufwand dabei gerechnet werden müsse. Kann das jemand vom Stadtrat kurz beantworten? Es finden sicher nicht wöchentlich Sitzungen statt, aber Genaueres weiss man zum heutigen Zeitpunkt auch noch nicht von Seiten des Stadtrates.

## 5. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

---

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat folgende Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts der Stadt Aarau:

- **Moorthy, Schairam**, geb. 2000, srilankischer Staatsangehöriger
- **Ristic geb. Petrovic, Violeta**, geb. 1977, und die beiden Kinder **Aleksandar**, geb. 1999, und **Ivan**, geb. 2002, alle serbische Staatsangehörige
- **Karapolat, Özge**, geb. 1999, türkische Staatsangehörige
- **Ivanovic, Nikola**, geb. 1992, serbischer Staatsangehöriger
- **Ivanovic, Stefan**, geb. 1995, serbischer Staatsangehöriger
- **Saric, Mato**, geb. 1966, und seine Ehefrau **Saric geb. Djogasevic, Jelka**, geb. 1966, beide kroatische Staatsangehörige
- **Bärthel, Jan**, geb. 1973, und seine Ehefrau **Wickboldt Bärthel, Andrea**, geb. 1972, mit der Tochter **Bärthel, Annemarie Pia**, geb. 2008, alle deutsche Staatsangehörige
- **Eichenberger, Marie**, geb. 1948, tschechische Staatsangehörige

Der Stadtrat empfiehlt, alle Gesuche gutzuheissen. Dieser Antrag stützt sich auf die Empfehlung der Einbürgerungskommission, welche die Gesuche geprüft hat. Die Gesuche konnten während der Aktenaufgabe eingesehen werden. Wird das Wort zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand eine geheime Abstimmung? Das ist auch nicht der Fall. Ich mache auf die **Ausstandsbestimmungen** gemäss § 25 des Gemeindegesetzes aufmerksam: Wenn bei einem Verhandlungsgegenstand jemand ein unmittelbares und persönliches Interesse hat, so haben er, sein Ehegatte, seine Eltern sowie die Kinder mit Ehegatten vor der Abstimmung das Versammlungslokal bzw. die Tribüne zu verlassen. Ich möchte die Gesuchstellenden bitten, vor der Abstimmung die Tribüne zu verlassen.

### Abstimmung:

**Die Resultate der offenen Abstimmung lauten wie folgt:**

Gesuchstellerin / Gesuchsteller	Ja	Nein
<b>Moorthy, Schairam</b> , geb. 2000, srilankischer Staatsangehöriger	42	1
<b>Ristic geb. Petrovic, Violeta</b> , geb. 1977, und die beiden Kinder <b>Aleksandar</b> , geb. 1999, und <b>Ivan</b> , geb. 2002, alle serbische Staatsangehörige	42	1
<b>Karapolat, Özge</b> , geb. 1999, türkische Staatsangehörige	42	1
<b>Ivanovic, Nikola</b> , geb. 1992, serbischer Staatsangehöriger	42	1
<b>Ivanovic, Stefan</b> , geb. 1995, serbischer Staatsangehöriger	42	1
<b>Saric, Mato</b> , geb. 1966, und seine Ehefrau <b>Saric geb. Djogasevic, Jelka</b> , geb. 1966, beide kroatische Staatsangehörige	42	1

<b>Bärthel, Jan</b> , geb. 1973, und seine Ehefrau <b>Wickboldt Bärthel, Andrea</b> , geb. 1972, mit der Tochter <b>Bärthel, Annemarie Pia</b> , geb. 2008, alle deutsche Staatsangehörige	43	0
<b>Eichenberger, Marie</b> , geb. 1948, tschechische Staatsangehörige	43	0

Den Gesuchstellenden wurde das Gemeindebürgerrecht **zugesichert**.

Die Beschlüsse unterliegen gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung bzw. gemäss Kreisschreiben des Departements Volkswirtschaft und Inneres vom 15. August 2003 keinem Referendum.

## 6. Erneuerung Schlossplatz, Bauprojekt

---

Mit Botschaft vom 12. November 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

**Antrag:** *Der Einwohnerrat möge für die Erneuerung des Schlossplatzes, des Schlossparkes und des Schlösslirains einen Verpflichtungskredit von brutto 1,6 Mio. Franken, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten (Preisstand ZBKI Dezember 2012) bewilligen.*

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Bei diesem Geschäft liegt ein **Abänderungsantrag** der Fraktion Grüne/JETZT! vor. Der Sprecher der Fraktion Grüne/JETZT! wird diesen noch erläutern. Wir eröffnen nun die Debatte zu diesem Geschäft. Nach dem Kommissionsreferat werde ich der Fraktion Grüne/JETZT! Gelegenheit geben, den Abänderungsantrag vorzustellen, damit die weiteren Sprecher allenfalls dazu Stellung nehmen können, sofern das erwünscht ist. Das Geschäft ist in der FGPK geprüft worden.

**Lelia Hunziker, Sprecherin FGPK:** Die FGPK hat an ihrer Sitzung vom 8. Januar 2013 diese Botschaft besprochen. Als Auskunftspersonen standen Stadtrat Carlo Mettauer und Stadtbaumeister Felix Fuchs zur Verfügung. Aus der Mitte der Kommission ist die Frage gestellt worden, ob es schon immer vorgesehen war, neben dem Schlossplatz auch den Schlosspark zu sanieren und ob von den privaten, angrenzenden Eigentümern schon verbindlich Zusagen vorlägen. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass schon immer vom ganzen Perimeter inkl. Schlosspark gesprochen worden sei. Mit den Eigentümern sei schon Kontakt aufgenommen worden, es lägen aber noch keine verbindlichen Zusagen vor. Von der Kommission gab es Fragen zur Planung von Sitzbänken, Parkplätzen und Veloabstellmöglichkeiten auf dem Platz und im Park. Der Platz solle multifunktional ausgestaltet werden, erklärten die Auskunftspersonen. Es solle v. a. auch möglich sein, mit grösseren Fahrzeugen den Platz für Anlieferungen zu befahren. Es würden ausreichend Veloständer geplant. Man wolle zuerst den Bedarf an Veloständern anschauen und diese dann allenfalls ergänzen. Die Parkplätze auf dem Platz würden aufgehoben. Die Kommission fragte nach dem Schutz vor Vandalismus, nach Spielgeräten und der Beleuchtung im Park. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass bei diesem Stand der Projektierung noch keine detaillierten Angaben zu Spielgeräten möglich seien. Es sei aber sehr wohl denkbar, dass bei der Auswahl von Spielgeräten eine Vertretung des Elternvereins beigezogen werde. Massnahmen gegen Vandalismus seien keine geplant. Die Beleuchtung werde eher zurückhaltend ausfallen. Die Kommission wollte wissen, weshalb gegenüber dem Politikplan 2012–2016 bereits Mehrkosten ausgewiesen würden. Die Auskunftspersonen meinten, dass diese Abweichungen durchaus im Toleranzbereich lägen. Es wurde gefragt, ob das Freilichttheater überhaupt noch aufgeführt werden könne nach der Umgestaltung. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass das nachher sogar eher noch besser möglich sei, trotz der neuen Bäume. In der Schlussdiskussion stimmte die FGPK der stadträtlichen Botschaft einstimmig zu.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Es erscheint sinnvoll, den Abänderungsantrag der Fraktion Grüne/JETZT! jetzt zu erläutern, damit alle nachfolgenden Sprecherinnen und Sprecher auch dazu ihre Überlegungen anstellen können. So braucht es keine zweite Diskussionsrunde.

**Christian Schäli:** Aus meiner Erfahrung der Bautätigkeit kann ich gut nachvollziehen, dass sich aus dem momentanen Erweiterungsbau am Schössli eine gute Gelegenheit bietet, den Schlossplatz und auch den Schlosspark zu erneuern. Als regelmässiger Benutzer des dortigen Veloweges habe ich mich schon zahlreiche Male über die vielen Schwellen, Ränder und Belagswechsel geärgert. Die Ausgestaltung des Platzes, wie sie heute ist, trägt seiner kulturellen und sozialen Bedeutung in Aarau keine Rechnung. In der Geschichte des Platzes, der so als Provisorium errichtet worden ist, gab es viele Gelegenheiten für eine Neugestaltung, welche leider nicht genutzt werden konnten. Mit der Erweiterung des Museums Schössli bietet sich jetzt für längere Zeit eine gute Gelegenheit. Ich würde mich freuen, wenn wir diesem Platz eine angemessene Gestalt geben könnten. Ich gönne Aarau und seiner Bevölkerung den schönsten Platz, den es geben kann. Ich gönne Aarau auch einen Platz aus Gold, wenn wir es uns leisten können. Ob wir uns einen goldenen Platz – oder einen colorasphaltierten – leisten können, ist für mich aber fragwürdig. Dies vor allem, wenn man bedenkt, dass wir in der letzten Zeit strikte gespart haben mit Stabilo 1 und 2. Beträge von 5'000 Franken beim Jugendhaus oder von 50'000 Franken bei der Musikschule scheinen ins Gewicht zu fallen. Wenn das so ist, dann müsste das Sparpotential bei diesem Schlossplatz noch einmal hinterfragt werden. Ich stelle nun den **Abänderungsantrag:**

*Auf die Ausführung mit durchgefärbtem Colorasphalt sei zu verzichten. Der beantragte Baukredit sei um Fr. 40'000.- (inkl. MwSt) auf Fr. 1'560'000.- zu kürzen.*

Für mich gibt es da verschiedene Gründe: Eingefärbte Deckbeläge verursachen einen extremen Mehraufwand bei der Ausführung und den Materialien. Die Materialien sind beschränkt UV-beständig und grauen genau gleich, wie andere Beläge, nach wenigen Jahren aus. Ich meine, man sollte auf die Einfärbung des Colorbelags verzichten. Die Einstreuung mit Dolomitkies kann meiner Meinung nach so ausgeführt werden. Das Einsparpotential liegt also etwa bei 40'000 Franken. Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Grüne/JETZT! stimme ich dem stadträtlichen Antrag für den Verpflichtungskredit zu. Ich wünsche mir einfach, dass in Zukunft solche Bauprojekte ebenfalls auf ein mögliches Einsparpotential hin überprüft werden und dass wir Sparpolitik mit etwas mehr Augenmass betreiben.

**Susanne Heuberger:** Von dem Projekt, welches heute Abend bei uns zur Abstimmung gelangt, haben wir schon lange Kenntnis. Wir wissen schon lange, dass es im Rahmen des Umbaus und der Erweiterung des Schösslis vorgesehen ist. Die SVP sagt geschlossen Ja zu diesem Projekt. Wir tun dies nicht aus einer riesigen Begeisterung heraus. Es ist sicher ein gutes Projekt, welches aber kostenmässig nach oben wieder relativ offen ist. Die SVP wird auf jeden Fall den Abänderungsantrag der Grünen unterstützen. Wo man die Kosten etwas minimieren kann, bieten wir auf jeden Fall Hand dazu. Zu den Kosten möchte ich noch einen kurzen Rückblick anfügen: Im Jahr 2007 wurde die Botschaft für den Projektierungskredit zum Schössli behandelt. Damals war auch der Vorplatz noch integriert im Projekt. Man sprach von Kosten von 1,25 Mio. Franken. Im Politikplan stehen 1,4 Mio. Franken und heute Abend wird bereits von 1,6 Mio. Franken oder vielleicht etwas weniger gesprochen. Es ist möglich, dass nach der Fertigstellung die Kosten dennoch bei etwa 1,6 Mio. Franken liegen. Vorhin ist der Begriff des "Toleranzbereichs" bei den Kosten gefallen. Der ist immer vorhanden, in der Regel zeigt er aber nach oben. Das zeigt jetzt auch die Kostenentwicklung bei dieser Um-

oder Neugestaltung des Schlossplatzes. Was uns von der SVP hier etwas aufliegt – und schon immer aufgegeben hat – ist die Tatsache, dass man damals aus taktischen Gründen die Schlossplatzgestaltung bei der Abstimmung bewusst aus der ursprünglichen Vorlage zum Schössliumbau entfernt hat. Das ist ein schlechtes politisches Beispiel. Es ist ein Beispiel von Salami taktik im schlechtesten Sinn, um das Schössliprojekt an der Urne durchzubringen. Man sieht jetzt bei dieser Kostensteigerung, dass wirklich nach oben noch viel offen ist. Es wäre wünschenswert, vermehrt mit fixen Kostendächern zu arbeiten. Wenn man in der Abstimmungsbotschaft schaut, so sind alleine 300'000 Franken für die Umgestaltung des Schlossparkes eingestellt worden. Hätte man das Schössliprojekt auf dem ursprünglichen Perimeter auf der Ostseite belassen, so könnten diese 300'000 Franken eingespart werden. Das hat man nicht geschafft – bewusst nicht geschafft. Ich komme noch einmal zurück auf die angesprochene Salami taktik, hinter welcher wir politisch überhaupt nicht stehen können: Man könnte meinen, es würde aus solchen schlechten Beispielen etwas gelernt. Das wäre wünschenswert. Wir merken aber, dass an anderen Orten genau gleich taktiert wird. Sie können jetzt vielleicht sagen, dass das hier jetzt der falsche Platz sei und nichts mit diesem Projekt zu tun habe. Ich erlaube mir dennoch einen Nachsatz: Ein weiteres Projekt von politischer Salami taktik hier bei uns in Aarau ist der Oxer. Dieses Projekt wird jetzt einfach um ein oder zwei Jahre verschoben. Man schaut einmal, wie es dann politisch aussieht und ob es finanzpolitisch verantwortbar ist, anstatt jetzt klipp und klar zu sagen, dass wir uns diesen Oxer nicht leisten können. Wir haben mit dem Schössli, und jetzt auch mit dem Schlossplatz, ein Kulturprojekt, welches wir sehr stark vergolden und uns viel Geld kosten wird. Ein weiteres solches Projekt können und wollen wir uns von der SVP nicht mehr leisten. Wie gesagt: Wir stimmen der Umgestaltung des Schlossplatzes zu, aber wir wollten wirklich unsere kritischen Anmerkungen hier deponieren.

**Sonja Eisenring:** Die CVP-Fraktion dankt für die vorgelegte Botschaft. Für uns ist es sinnvoll, dass der Schlossplatz jetzt erneuert wird. Die bereits erneuerten, verschiedenen, angrenzenden Bauten und Anlagen und auch das Schössli sollen eine passende und funktionale Umgebung erhalten. Uns gefällt, dass man den grosszügigen Platzcharakter stärken will. Dazu trägt sicher auch die geplante Einheitlichkeit des Belages bei, ob farbig oder nicht. Wir finden es richtig und sinnvoll, dass interessierte Organisationen, wie z. B. Procap, bei der Ausführungsplanung mitwirken sollen. Wir gehen davon aus, dass man auch bei der Gestaltung des Kinderspielplatzes von den Erfahrungen aus anderen Projekten profitiert und mindestens eine Vertretung miteinbezogen und begrüsst wird. Für uns ist es auch wichtig, dass genügend Veloabstellplätze vorhanden sein werden. In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag des Stadtrates einstimmig zu.

**Irene Bugmann Oelhafen:** Wer heute aus dem Graben Richtung Schlossplatz geht oder aus dem Aarau info mit Prospekten ausgerüstet die historischen Plätze und Gebäude Aaraus besichtigen will, der wird beim Anblick des Schlossplatzes leicht ernüchtert sein. Der Platz ist Parkplatz, Wendeplatz, Anlieferungsplatz, Vorplatz vom KUK und vom Kino. Eine Platzatmosphäre, welche der Name "Schlossplatz" ja suggeriert, kommt da wirklich nicht auf. Der vorliegende Antrag möchte dies nach dem Umbau des Schösslis nun ändern. Die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP unterstützt diesen Antrag, weil das Bauprojekt die Gestaltung eines ansprechenden, vielseitig nutzbaren Platzes zu vernünftigen Kosten vorsieht. Besonders gefallen haben uns die Steinstufen eingangs Schlosspark, die mehr Sitzfläche im Sommer bieten. Ich möchte es aber nicht unterlassen, einige Hinweise aus unserer Fraktion zu Planungsentscheiden, die noch nicht gefällt sind, abzugeben: Die neuen Steinstufen werden sicher vielen Berufstätigen und Schülern als Sitzplatz in der Mittagspause dienen. Wir wün-

schen uns daher für diesen Platz ein wirkungsvolles Abfallkonzept. Im Schlosspark ist nur eine schwache bis inexistenten Beleuchtung vorgesehen. Die Begründung dazu lautet, dass dies jetzt schon so sei und der Platz kein Durchgangsweg sei. Wir sind der Meinung, dass der Platz mit dem Schössli aufgewertet und grad im Sommer vermutlich bedeutend mehr genutzt wird. Zudem bietet sich ein dunkler Park im Zentrum der Stadt für gewisse Nachtwespen als Tummelplatz an. Ich spreche da nicht von Verliebten und Romantikern. Wenn sich die Planungsgruppe noch nicht für eine Beleuchtung entscheiden konnte, so schlagen wir vor, dass während des Baus zumindest Leerrohre eingebaut werden, damit diese bei Bedarf schon vorhanden sind. Die Zusatzkosten für diese Massnahme sind minim, ein späterer Einbau würde sicher bedeutend mehr kosten. Weiter hoffen wir, dass die Information und Zusammenarbeit zwischen Stadt und Anwohnern so gut ist, dass der ganze Platz, also der öffentliche Bereich wie auch die Vorplätze der privaten Liegenschaften, in einer einzigen Bauetappe erstellt werden kann. Zum Abänderungsantrag der Grünen: Wir verstehen grundsätzlich den Einwand betr. Kosten. Ein Grossteil unserer Fraktion ist aber der Meinung, dass die Gestaltung eines so grossen Platzes einheitlich ausfallen sollte. Es braucht auch farblich eine Einheit, was sicher mit dem eingefärbten Asphalt gegeben ist. Aus diesem Grunde wird es wohl keine einstimmige Annahme dieses Änderungsantrags geben. Alles in allem finden wir es ein gutes Projekt und wir freuen uns darauf.

**Ueli Bürgi:** Ich musste meinen vorbereiteten Text etwas abändern. Für mich hat die Welt etwas gekehrt, seit die Grünen mit diesem Abänderungsantrag plötzlich bei den Investitionen sparen wollen, aber grundsätzlich ist das ein interessanter Ansatz, welchen wir mit einer gewissen Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Zum Verpflichtungskredit von 1,6 Mio. Franken zur Erneuerung von Schlossplatz, Schösslipark und Schösslirain sagt die FDP aus zwei Gründen Ja: Erstens bringt es einen langjährigen, grossen Nutzen für die nächsten Generationen und zweitens erhöht dieser Platz die Strahlkraft der Kantonshauptstadt. Wir beurteilen dieses Projekt als ausgereift und durchdacht. Der Schlossplatz wird einheitlich strukturiert und "aufgeräumt". Er wird für die warmen Jahreszeiten zu einem Treffpunkt für die Bevölkerung aufgewertet, öffnet den Blick zum neuen Museum Schössli und bildet einen attraktiven Vorplatz zum Eingang der Altstadt. Die Kosten sind in Relation zum Umfang der geplanten Umbauten eigentlich moderat. Die FDP-Fraktion empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Verpflichtungskredit Schlossplatz zuzustimmen. Zum Abänderungsantrag der Grünen ist aus meiner Sicht folgendes zu ergänzen: Mir ist das Verfahren nicht ganz klar. 40'000 Franken sind ca. 2 % dieser 1,6 Mio. Franken. Möglicherweise könnten diese 40'000 Franken auch sonst eingespart und der Asphalt trotzdem koloriert werden. Geht es jetzt darum, den Kredit um 40'000 Franken zu kürzen und die Kolorierung aber trotzdem durchzuführen oder geht es darum, die Kolorierung abzulehnen? Ich denke, das müsste formal noch geklärt werden. Wie der Stadtbaumeister sagt, muss dieser Platz im Zusammenhang mit den verschiedenen Gebäuden betrachtet werden. Diese sind aus verschiedenen Farben zusammengesetzt. Insofern scheint es mir, dass die Kolorierung einen gewissen Grund hat. Wenn das z. B. mit der Einstreuung in den Asphalt gemacht werden könnte, würde ich das begrüßen. Allenfalls könnte man ja zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: den Kredit etwas reduzieren und trotzdem die Einstreuung zu machen, wenn die Möglichkeit dazu bestünde. Ich möchte den Präsidenten noch bitten, diese Frage formal zu klären.

**Marcel Guignard, Stadtmann:** Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des Projektes, auch wenn von Seiten der SVP einige Hinweise gemacht worden sind, welche wir zur Kenntnis nehmen. Ganz neu ist es ja nicht, dass der Schlossplatz separat projektiert worden ist. Das hat man von allem Anfang an gesagt. Man wusste es auch schon, als man über die Schössli-

botschaft befunden hat. Ob das ein klassischer Fall von Salamtaktik ist, möchte ich jetzt offenlassen. Diese Streitfrage muss heute nicht definitiv geklärt werden, denn schlussendlich geht es um die Sache, und der stimmt die SVP, wie wir gehört haben, auch zu. Ich glaube, es ist ein wichtiges Projekt, weil es einen ganz empfindlichen Ort in der Stadt betrifft. Es ist ein Ort, wo wir viele Gäste haben. Wie der Bahnhof, ist dieser Ort eigentlich eine Visitenkarte der Stadt Aarau. Deshalb scheint es mir in diesem Fall ganz besonders wichtig, dass wir dem optischen Erscheinungsbild des ganzen Platzes, d. h. also inklusive der Farbgebung, die nötige Beachtung schenken. In der noch folgenden Detailprojektierung wird der geeignetste Belag noch näher geprüft. Man möchte sich also Optionen offenlassen, dass es vom farblichen Erscheinungsbild her bestmöglich auf die Umgebung abgestimmt ist. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Man will ganz sicher keinen reinen Asphaltbelag. Es geht immer darum, von der Beständigkeit und der Farbgebung her sicher noch Dolomit einzustreuen. Das ist auch nicht bestritten. Die Grundfrage ist schlussendlich, ob der Asphalt auch noch koloriert werden solle oder nicht. Die Kolorierung sollte mit Mustern erfolgen. Im Rahmen der Projektierung möchte man das näher anschauen und anschliessend das Optimum ausführen. Herr Bürgi hat es gesagt: Gemessen am ganzen Betrag sind diese 40'000 Franken zwar ein lobenswerter Sparantrag, welcher vielen natürlich bereits gefällt, weil etwas eingespart wird. Wenn er aber in Relation zum Gesamtbetrag gestellt wird, so meine ich, dass in diesem Punkt die Qualität und das Erscheinungsbild vorgehen sollten. Wir können auf die Kolorierung verzichten und damit 40'000 Franken einsparen, wenn sich das als gute Variante im Rahmen der Projektierung herausstellt. Dann wird das zweifelsohne auch getan. So komme ich jetzt zu der Anfrage ans Präsidium, ob der Abänderungsantrag heissen solle, es gäbe ein Verbot für die Kolorierung oder der Kredit solle einfach um 40'000 Franken gekürzt werden. Das sind zwei verschiedene Sachen. Ich möchte Ihnen beliebt machen, den Kredit so zu belassen, wie er ist und uns mit auf den Weg zu geben, auf die Kolorierung zu verzichten, falls es möglich sei, ohne dass es klare Einbussen gegenüber dem Erscheinungsbild gebe – dies natürlich besonders mit Blick auf die Umgebung. Für dieses Vorgehen wäre ich Ihnen dankbar, denn es gäbe uns die Möglichkeit, die beste Lösung zu treffen. Es könnte ein Platz gestaltet werden, an dem auf Dauer alle wieder Freude haben könnten und nicht bei der Projektierung durch ein Material- oder Technikverbot bei der Baukreditierung bereits eine Variante ausgeschlossen worden ist. Deshalb empfehle ich Ihnen, den Kredit so zu sprechen, wie ihn der Stadtrat vorgelegt hat.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Ich habe hier im Rat schon massiv Schiffbruch erlitten bei der Interpretation von Anträgen und beim Erstellen einer eigenen Liste, wie man Fragen möglichst sinnvoll abhandeln könnten. Deshalb unterlasse ich das jetzt. Es liegt ein Abänderungsantrag der Fraktion Grüne/JETZT! vor. Selbstverständlich kann man sich jetzt dann immer noch äussern. Ich möchte nur zuerst kurz das geplante Abstimmungsprozedere bekanntgeben: Wir werden zuerst den Abänderungsantrag der Fraktion Grüne/JETZT! dem stadträtlichen Antrag gegenüberstellen. Der obsiegende Antrag kommt danach in die Schlussabstimmung.

**Ueli Bürgi:** Ich hätte dennoch gerne von den Grünen gehört: Wenn die 40'000 Franken eingespart werden könnten, würde die Kolorierung dann trotzdem möglich sein? Geht es euch ums Geld oder grundsätzlich gegen die Kolorierung?

**Christian Schäli:** Es geht uns um die Kolorierung, denn die Kolorierung graut aus, wie ich es erwähnt habe. Der Effekt der Einfärbung geht nach wenigen Jahren verloren. Colorasphalt ist in der Fachwelt umstritten. Viele sagen, dass der auch ausgraut. Ein kohlrabenschwarzer Belag sieht nach fünf Jahren genau gleich grau aus wie alle anderen. Ähnlich verhält es sich mit dem Colorasphalt. So gesehen finde ich, dass es hinausgeworfenes Geld ist. Dieses Geld wür-

den wir besser an einem anderen Ort einsetzen. So sehen wir den Antrag: Auf die Kolorierung kann grundsätzlich verzichtet werden.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Zuerst evaluieren wir jetzt also, ob der Abänderungsantrag der Fraktion Grüne/JETZT! oder der stadträtliche Antrag obsiegt. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

## Abstimmungen

### Vorabstimmung über den Abänderungsantrag der Fraktion Grüne/JETZT!:

Abänderungsantrag Grüne/JETZT!	<i>Auf die Ausführung mit durchgefärbtem Colorasphalt sei zu verzichten. Der beantragte Baukredit sei um Fr. 40'000.- (inkl. MwSt) auf Fr. 1'560'000.- zu kürzen.</i>	38 Stimmen
Antrag Stadtrat	<i>Der Einwohnerrat möge für die Erneuerung des Schlossplatzes, des Schlossparkes und des Schlösslirains einen Verpflichtungskredit von brutto 1,6 Mio. Franken, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten (Preisstand ZBKI Dezember 2012) bewilligen.</i>	7 Stimmen

Der Abänderungsantrag der Fraktion Grüne/JETZT! hat obsiegt.

## Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

### Beschluss

*Der Einwohnerrat bewilligt für die Erneuerung des Schlossplatzes, des Schlossparkes und des Schlösslirains einen Verpflichtungskredit von brutto 1,56 Mio. Franken, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten (Preisstand ZBKI Dezember 2012), wobei bei der Projektausführung auf den durchgefärbten Colorasphalt zu verzichten ist.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

## 7. Erneuerung und Renovierung des Abwassersystems in der General Guisan-Strasse und der Goldernstrasse

---

Mit Botschaft vom 3. Dezember 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

**Antrag:** *Der Einwohnerrat möge für die Erneuerung und Renovierung des Abwassersystems in der General Guisan-Strasse und der Goldernstrasse zu Lasten der Investitionsrechnung (Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserentsorgung) einen Verpflichtungskredit von 2'200'000 Franken, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit Dezember 2011, bewilligen.*

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Die FGPK hat dieses Geschäft geprüft und zur Gutheissung empfohlen. Sie verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Somit kommen wir gleich zu den Voten aus dem Rat.

**Beat Krättli:** Ein funktionierendes Abwassernetz gehört genauso zum Service Public einer Stadtverwaltung wie die Trinkwasserversorgung, der Strassenunterhalt oder die öffentliche Sicherheit. Die Sanierung der städtischen Kanalisationsleitungen dürfte darum von links bis rechts kaum auf Widerspruch stossen. Aber wie so oft liegt gerade bei solchen Geschäften der Teufel im Detail. Hauseigentümer sind bei solchen Sanierungen nämlich vom Gesetzgeber dazu verpflichtet, ihre Hausanschlüsse durch Spezialfirmen digital inspizieren zu lassen. Eine solche Inspektion inklusive Dichtigkeitsüberprüfung kann sehr schnell über 1'000 Franken kosten, je nachdem, welche Firma sie ausführt und wie viele Unterakkordanten beteiligt sind. Im Falle der geplanten Sanierung Walthersburg- und Pestalozzistrasse wurde den Liegenschaftsbesitzern nur gerade eine einzige Firma empfohlen. Eine Firma notabene, die ihre Leistungen je nach Objekt bis zu 350 Franken teurer verkauft als Konkurrenzunternehmen. Ob es daran liegt, dass unser Stadtbaumt ein privates Ingenieurbüro mit den Vorabklärungen beauftragt hat oder hier halt einmal mehr die teuerste Variante gewählt wurde, bleibt offen. Es wäre wünschenswert, wenn der zuständige Stadtrat seine Chefbeamten einmal mehr an die Sorgfaltspflicht erinnert, besonders dann, wenn es sich um behördlich verordnete Zwangsausgaben handelt. Im Falle der Sanierung Zelgli sind die Anwohner dazu angehalten, bis am 4. Februar zu reagieren und ihre Wahl zu treffen. Ich frage mich schon: Wenn eine relativ simple Anfrage zu einem solchen Geschäft nicht innerhalb Wochenfrist beantwortet werden kann, müsste man sich vielleicht überlegen, ob diese Fristen in Zukunft nicht etwas grosszügiger gestaltet werden müssten.

**Michael Haueter:** Unsere Fraktion begrüsst die umsichtige Planung der Werterhaltung der Aarauer Infrastruktur. Im Projekt angedacht ist ein Retentionsbecken, welches die Kanalisation im Falle von starken Regenfällen entlasten könnte. Im Gönhard ist schon öfters ein Rückstau durch die Kanalisation aus den Goldern entstanden. Wir schlagen daher vor, dass man für die Planung des nächsten Ausbaus schritt, für die Sanierung des weiteren Teiles dieser Kanalisation, den Bau eines Retentionsbeckens einplant und aus ökologischen Gründen auch noch die angesprochenen, eingedolten Kleingewässer ausdolt.

**Jolanda Urech, Stadträtin:** Ich sage nur ganz kurz etwas zu diesen beiden Voten. Herr Krättli hat vorhin die Anfrage angesprochen, welche heute beim Stadtrat eingegangen und von Ihnen unterzeichnet worden ist. Der Stadtrat wird diese an seiner nächsten Sitzung behandeln und beantworten. Die Anregung von Herrn Haueter nehmen wir einfach einmal gerne so entgegen. Ich bedanke mich dafür.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme folgenden

### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat bewilligt für die Erneuerung und Renovierung des Abwassersystems in der General Guisan-Strasse und der Goldernstrasse zu Lasten der Investitionsrechnung (Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserentsorgung) einen Verpflichtungskredit von 2'200'000 Franken, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit Dezember 2011.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

## 8. Infrastrukturanlagen Torfeld Süd und Verbindungsspanne Buchs Nord; Baukredite

---

Mit Botschaft vom 3. Dezember 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgende

- Anträge:**
1. *Der Einwohnerrat möge für die "Industriestrasse West" einen Bruttoverpflichtungskredit im Umfang von 1'551'000 Franken, zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. Januar 2012, bewilligen.*
  2. *Der Einwohnerrat möge für die "Industriestrasse Ost" einen Nettoverpflichtungskredit im Umfang von 2'560'000 Franken, zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. Januar 2012, bewilligen.*
  3. *Der Einwohnerrat möge für die "WSB- Haltestelle Torfeld" einen Nettoverpflichtungskredit im Umfang von 1'380'000 Franken, zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. Januar 2012, bewilligen.*
  4. *Der Einwohnerrat möge für die "Verbindungsspanne Buchs Nord" einen Nettoverpflichtungskredit im Umfang von 2'985'800 Franken, zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. Januar 2012, bewilligen.*
  5. *Der Einwohnerrat möge als Nettobeitrag an die "Passerelle Torfeld Süd-Nord" einen Nettoverpflichtungskredit im Umfang von 1'620'000 Franken zu bewilligen.*

**Werner Schib, Sprecher FGPK:** Für das Geschäft sind der FGPK der Stadtammann Marcel Guignard und der Stadtbaumeister Felix Fuchs als Auskunftspersonen zur Verfügung gestanden. Bei diesem Vorhaben geht es darum, dass der heutige Erschliessungsstand für die bauliche Entwicklung im Torfeld Süd nicht vollumfänglich ausreicht. Die Erschliessung muss verbessert werden. Wenn wir diese Baukredite ablehnen, besteht das Risiko, dass einzelne Vorhaben nicht genügend erschlossen wären. Wir haben uns ausführlich mit der Verkehrssituation im Gönhard-Quartier befasst. Betreffend dieser Frage ist ja noch eine Beschwerde vor dem Bundesgericht hängig. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, ob und welchen Mehrverkehr das Torfeld Süd für das Gönhard-Quartier zur Folge hat. Die Auskunftsperson hat festgehalten, dass es aber das Ziel des Stadtrates sei, Verbesserungen für's Gönhard-Quartier zu erreichen, aber dass es dafür auch die Zustimmung des Kantons brauche. Dann sind die einzelnen Teilvorhaben ein Thema gewesen. Es geht um die WSB-Haltestelle, um die Passerelle über die Bahnlinie und um die Verbindungsspanne Buchs-Nord. Wir haben die Kostenbeteiligungen von Privaten, aber auch von der Nachbargemeinde Buchs diskutiert. Mit Buchs hat lang und intensiv verhandelt werden müssen. Über das Resultat kann man geteilter Meinung sein. Gerade auch bei diesem Geschäft zeigt sich, dass vieles einfacher wäre oder gewesen wäre, wenn die Stadtgrenzen von Aarau ein bisschen weiter gezogen wären. Schliesslich ist

aus der Kommission die Verbindung zum laufenden, aktuellen Baugesuch gemacht worden. Es ist ausgeführt worden, dass der Weiterbestand von den Verkaufsflächen, trotz Wegfall der polysportiven Mantelnutzung, für den Investor einen massiven Mehrwert darstelle. Diesen Mehrwert müsse doch die Stadt abschöpfen, z. B. indem die Passarelle allein durch den Investor finanziert würde. Für die Auskunftspersonen war klar, dass im Baubewilligungsverfahren geprüft werden muss, welche Nutzungen zulässig sind und dass für die Kostenbeteiligung von den Privaten Verträge bestehen. Diese Verträge können nicht immer wieder neu verhandelt werden. Für die FGPK war am Schluss aber klar, dass die Erschliessungsbauten für das Torfeld Süd unverzichtbar sind. Die FGPK empfiehlt deshalb einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen.

Ich füge gerne gleich das Votum der CVP-Fraktion an: Die CVP-Fraktion unterstützt die 5 Baukredite für die Erschliessungsvorhaben im Torfeld Süd ebenfalls einstimmig. Man kann Stadionbefürworter oder -gegner sein, man kann sich das Gönhardquartier mit oder ohne Durchgangsverkehr wünschen, man kann für oder gegen Verkaufsnutzungen sein. Eines ist klar: Wer heute auf der Industriestrasse unterwegs ist, dem wird sofort bewusst, dass das keine genügende Erschliessungsstrasse für ein so grosses Quartier mehr ist. Das Torfeld Süd braucht eine bessere Erschliessung, um sich entwickeln zu können. Es ist eigentlich egal, was dort genau gebaut werden soll. Jedes Bauvorhaben braucht eine bessere Erschliessung. Die heutige Situation ist ungenügend. Unter dieser Voraussetzung ist es sinnvoll und sachgerecht, eine WSB-Station vorzusehen und auch die Passarelle auf die andere Seite der Bahnlinie zu bauen. Auch die Verbindungsspanne Buchs-Nord ist eine sinnvolle Direktanbindung des Torfelds Süd an den Autobahnzubringer. Deshalb stimmt die CVP ebenfalls Ja.

**Angelica Cavegn Leitner:** Vorab möchten wir uns ganz herzlich für die klar strukturierten Unterlagen bedanken. In unserer Fraktion sind die Meinungen etwas geteilt. Zu den positiven Aspekten: Die einen betrachten die geplanten Infrastrukturanlagen und die Verbindungsspanne primär als wichtigen Teil für die Gebietsentwicklung und als klassische Aufgabe der öffentlichen Hand. Die geplante Strassenführung Nord soll künftig die Ortszentren Buchs und Aarau und die Rohrer-, Bahnhof- und Tellstrasse entlasten und eine optimale Anbindung des Entwicklungsgebietes Torfeld Süd und des Industriegebietes Buchs Nord ermöglichen. Zudem könnte diese Verbindungsspanne eine Entlastung des Kreuzplatzes bewirken. Durch die direkte Linienführung fallen zudem für einige Quartiere Umwege über die Laurenzenvorstadt und die Feerstrasse weg. Zu den negativen Aspekten: Kontrovers erscheint die Vorlage hinsichtlich der Überlastung Gais-Kreisel und Kreuzplatz. Mehr Strassen bringen immer mehr Verkehr mit sich. Eigentlich möchte man, dass vermehrt auf ÖV umgestiegen wird. Die WSB-Haltestelle hingegen finden wir super, an ihr haben wir grosse Freude. Die Passarelle Torfeld Nord-Süd überzeugt durch das Konzept und die Architektur. Die Passarelle Nord-Süd macht Sinn. In einem Punkt sind wir uns allerdings einig: Bei der Verbindungsspanne Buchs Nord beteiligt sich die Stadt Aarau mit etwas mehr als der Hälfte am Kostenanteil der Gemeinde Buchs. Aus unserer Sicht eine grosszügige Geste und ein richtiger Schritt. Wir wünschen uns, dass unsere Nachbargemeinden vermehrt den Nutzen von Infrastrukturen der Stadt Aarau anerkennen und nicht nur ideell, sondern auch materiell und finanziell partizipieren.

**Gérald Berthet:** "Zurück auf Feld 1". Die meisten von Ihnen wissen, was das im Leiterlispel bedeutet. Lasst mich auch kurz vorne anfangen. Der Botschaft zur Urnenabstimmung vom 21. Oktober 2007 über die Planung des Torfelds Süd mit Fussballstadion entnehme ich folgendes: "Das Torfeld Süd soll sich zu einem attraktiven, lebendigen und nachhaltigen Quartier entwickeln. Dies unter Zulassen von Wohn- und Dienstleistungsnutzungen." Unter dem

Titel "Umweltverträgliches Vorhaben" steht: "Mit dem Torfeld Süd erfolgt eine bauliche Entwicklung nach innen; Nutzungen werden nicht auf der grünen Wiese, sondern in Zentrumsnähe angesiedelt, wo sie mit umweltverträglichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sind." Auch der Lärmschutz wird erwähnt, welcher das Stadion zwischen den SBB-Linien und dem Wohngebiet südlich der Florastrasse bieten würde. Und in Tabellenform wird darauf hingewiesen, dass das Verkehrsaufkommen im Mittelland-Park hoch, dagegen in der Variante Stadion Torfeld Süd reduziert sei, und zwar deutlich, nämlich durch die Verkleinerung der Mantelnutzung. Erstaunlicherweise lese ich in der Botschaft zur Urnenabstimmung vier Monate später über den Erwerb des Miteigentumsanteils am Stadion folgendes: "Die Nutzung, Attraktivitätssteigerung und Belebung des Quartiers beeinflussen auch das Verkehrsaufkommen, fundierte Prognosen könnten noch nicht gemacht werden. Die Verbindungsspanne Buchs-Nord sei bedeutend, es sollen ein Konzept, Mittel und Wege festgelegt werden, um Mehrverkehr auf das Gönhardquartier zu vermeiden." Und zu guter Letzt entnehme ich dem Gestaltungsplan Torfeld Süd vom 23. August 2010: "Vernetzung mit dem Grün- und Freiraumsystem des KSA-Areals und den Ruderalflächen entlang den SBB-Linien; Durchgrünung des Quartiers, alles zusammen trägt zur lokalen Lebensqualität und zu einem guten Mikroklima bei." Messen wir diese Äusserungen, Versprechen und Zielvorgaben an der Realität der jetzigen Vorlage: Die Industriestrasse wird verbreitert und ausgebaut. Aufgrund des erwarteten Verkehrsaufkommens ist ein T-Knoten beim Anschluss untere Torfeldstrasse geplant. Die Industriestrasse soll die Zentren von Aarau und Buchs entlasten. Was ist das Zentrum von Aarau und Buchs? Ist das die Altstadt, dann ist das vielleicht möglich? Ist es das, was wir vorhin gehört haben, nämlich der Wunsch nach Erweiterung von Aarau? Vielleicht müsste man auch Neu-Buchs dazu nehmen, denn da geht die Strasse ja durch. Da hat man doch sehr grosse Fragezeichen, wie das eine Verbesserung geben sollte. Der Langsamverkehr Nord-Süd wird mit der Passarelle berücksichtigt, was begrüßenswert ist. Aber was passiert mit dem Langsamverkehr in Ost-West-Richtung? Die Rohrer-, Bahnhof- und Tellistrasse sollen entlastet werden. Das wäre aber ein St. Florians-Prinzip: Dafür gäbe es mehr Verkehr bei der Hinternen Bahnhof- oder der Entfelderstrasse oder der Strasse Richtung Westen in die Wöschnau. Wer ist jetzt da besser dran und wer weniger gut? Die Schadstoffe und der Lärm sollen gefälligst im oberen Zelgli und der Goldern liegen bleiben und nicht dem Torfeld Süd-Mikroklima zusetzen. Ich zitiere den Bericht der Ingenieure Buchhofer: "Im Vergleich zum Brügglifeld ist der ÖV für das Torfeld Süd massiv besser: 8 Gehminuten zum Bahnhof, eigene WSB-Haltestelle, eine Bushaltestelle Gais, welche von den Linien 1, 4 und 6 bedient wird. Das Passagieraufkommen zum Stadion könne mit 4 WSB-Wagen pro Zugskomposition gut gewährleistet werden, die Rückkehr der Stadionbesucher könnte aber problematisch werden, allenfalls müsste eine Sperrung der WSB-Haltestelle Torfeld diskutiert und möglichst viele Zuschauer zu Fuss zurück an den Bahnhof gelotst werden." Ehrlich gesagt, dann ist mir die jetzige Lösung fast lieber. Das bedeutet für mich an der Hans Hässig-Strasse oben folgendes: alle zwei Wochen ein Match, d. h. vier Stunden Mehrverkehr an unserer Siedlung vorbei, nachher wieder 14 Tage Ruhe vor dem Mehrverkehr, weil es niemandem in den Sinn gekommen ist, unsere Quartierstrasse zu einer Superstrasse auszubauen, durch welche alle fahren. Die Schadstoffbelastung ist hoch im Stop and go-Verkehr. Der Kreisel Industriestrasse mit dem Bahnübergang WSB wird im Viertelstundentakt geschlossen werden. Das ist achtmal pro Stunde. Wenn ich 2 Min. pro Schliessung rechne, dann sind das 16 Min. pro Stunde, das ist ca. 25 % der Zeit, in welcher der Kreisel geschlossen ist. Da gibt es einen Stau. Denkt jemand von Ihnen wirklich, dass das irgendetwas mit dem besseren Mikroklima im Torfeld Süd oder sogar im Neu-Buchs-Quartier oder in der Stadt zu tun hat? Ich finde, die Stadt Aarau hätte es tatsächlich in der Hand gehabt, mit dem Quartier im Torfeld Süd einen städteplanerischen Wurf zu landen, der einer Kantonshauptstadt würdig gewesen wäre. Dies ist leider total

misslungen durch den völlig kontraproduktiven Ausbau der Industriestrasse resp. v. a. der Spange Buchs Nord. Dieses Projekt ist weder nachhaltig, noch erfüllt es die Kriterien oder Ziele der 2000 Watt-Gesellschaft. Es widerspricht auch den empfohlenen, raumplanerischen Massnahmen des BAFU zur Verbesserung der Luftqualität und der Lärmbelastung in den Wohnquartieren. Und nicht zuletzt ist es unglaublich teuer. Ueli Bürgi, ich lade Sie ein, wenn 40'000 Franken zu wenig sind zum Sparen: Hier hätte es Millionen Franken an Sparpotential. Deshalb ist unsere Fraktion der Meinung, dass man die Industriestrasse redimensionieren müsste. Vielleicht müsste ein Radweg geplant werden und nicht nur ein Radstreifen. Die ganze Nutzung dieser Ost-West-Verbindung muss schwerpunktmässig dem Langsamverkehr dienen, um allen Aarauer Quartieren, nicht nur ausgewählten, und v. a. auch Buchs und Rohr, zu nützen. Wir sitzen ja alle im selben Boot. Die Verbindungsspange Buchs Nord braucht es in dieser Form nicht. Wir sind aber dafür, dass die Passerelle und die WSB-Haltestelle selbstverständlich gebaut werden. Das ist absolut richtig. Das Ganze hat noch einen gesundheitspolitischen Aspekt, welchen ich auch noch erwähnen möchte: Wegen schadstoffbedingten Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislaufkrankungen werden ca. 15'000 Tage im Spital verbracht. Das bedeutet 41'000 Fälle von akuter Bronchitis bei Kindern pro Jahr in der Schweiz und 1'000 Fälle von chronischer Bronchitis bei Erwachsenen. Das macht Kosten von ca. 5 Mia. Franken für die Gesundheit. Speziell gefährdet sind die Menschen, welche in der Nähe von stark befahrenen Strassen wohnen.

**Thomas Hächler:** Von einem Entwicklungsschwerpunkt in der Region Aarau wird geschrieben, wenn es um das Gebiet Torfeld Süd geht. Von neuen Bürokomplexen, Wohnbauten und vom Fussballstadion wird gesprochen. Dass diese Strukturbauten zu mehr Verkehr führen, sei es im Bereich Langsamverkehr oder vor allem beim motorisierten Verkehr, scheint unbestritten zu sein. Obwohl auch ich kein Freund von neuen oder ausgebauten Strassen bin, erscheint es mir wichtig, dass der Druck auf die umliegenden Quartiere nicht grösser wird. Die Leistungsgrenze des Kreuzplatzes und des Kreisels Gais ist zumindest zeitweise erreicht oder bereits überschritten. Dies führt, wie wir wissen, zu Ausweichverkehr in den umliegenden Quartieren. Die SP-Fraktion schätzt, dass wir heute ein gemeindeübergreifendes Projekt vor uns liegen haben. Wir gehen davon aus, dass der Nutzen auch weiträumig spürbar werden wird. Die Quartiere Telli und Rohr können das Zentrum Aarau mit der neuen Verbindungsspange Buchs besser umgehen. Die beidseitig geführten Randstreifen fallen mir dabei positiv auf. Der Nutzen liegt aber nicht nur in der neuen Strasse, sondern auch im ÖV-Anschluss und in der Passerelle, wie wir es vorhin bereits gehört haben. Wollen wir Mehrverkehr möglichst verhindern, so ist das Gebiet Torfeld Süd darauf angewiesen, einen guten Anschluss an den öffentlichen Verkehr zu erhalten. Dabei profitieren nicht nur die Matchbesucher des FC Aarau. Für Personen aus dem Suhren- und Wynental wären Arbeitsplätze im Torfeld Süd und Torfeld Nord (über die Passarelle) schneller erreichbar. Umgekehrt erhalten auch die Gebiete Torfeld Nord, Telli und Rohr einen schnellen Zugang ins Torfeld Süd oder zur WSB. Die SP-Fraktion Aarau anerkennt, dass die verkehrstechnischen Voraussetzungen im Torfeld Süd nicht mehr ausreichen, diese aber für die Entwicklung des Quartiers von grösster Wichtigkeit sind. Die Fraktion unterstützt daher die vorliegenden Anträge einstimmig.

**Hanspeter Hilfiker:** Die FDP hat die Massnahmen zur Erschliessung des Torfelds Süd und zur Verbindungsspange Buchs Nord diskutiert und unterstützt das Gesamtprojekt und die Teilprojekte einstimmig. Ich möchte zwei Sachen vorausschicken: Verkehrssachen sind immer schwierig. Wenn wir uns zurückerinnern an die Altstadt Diskussionen und die Diskussionen betr. Umfahrung und Staffeleggzubringer, so wissen wir, dass es sehr lange gehen kann. Keiner möchte aber heute auf diese zwei Massnahmen verzichten. Genau diese Themen ste-

cken auch in dieser Diskussion. Zudem sind das Torfeld Nord und das Torfeld Süd heute keine leeren Quartiere. Sie werden von vielen Menschen frequentiert. Es sind genutzte Quartiere, und das wird sich nicht ändern. Für uns sind insgesamt für die Unterstützung drei Aspekte wesentlich: Erstens handelt es sich beim Torfeld Süd und Nord um das grösste, vielfältigste und deshalb auch interessanteste Entwicklungsgebiet der Stadt Aarau. Der Wandel von der reinen Industrienutzung über teilweise Zwischennutzungen zu einer umfassenden, gemischten Nutzung als Arbeits-, Wohn- und Freizeitareal erfordert diese uns heute vorliegenden Massnahmen. Zweitens stellen wir erfreut fest, dass von den insgesamt mehr als 20 Mio. Franken Investitionen die Stadt Aarau nur rund 8 Mio. Franken selber tragen muss, und auch Buchs, aber vor allem private Anreiner substantielle Teile der Erschliessungskosten übernehmen. Der Multiplikator unseres städtischen Beitrages ist sehr gross und wird noch grösser, wenn dereinst die Anlagen genutzt werden können, welche dort realisiert werden, d. h. das Stadion mit Mantelnutzungen, die neuen Firmengelände und die neuen Wohnräume. Drittens haben wir uns mit der baulichen Etappierung der Projekte befasst. Wir sind dabei zum Schluss gekommen, dass diese Etappierung, in zwei Teile Industriestrasse, in die WSB-Haltestelle, die Spange Buchs Nord und der Transferbrücke über die Geleisanlagen der SBB sinnvoll ist, vor allem, weil die Eigentumsverhältnisse und die Projektführungen der Einzelteile sehr unterschiedlich sind. Was den Beitrag an die Spange Buchs Nord betrifft, ist nach unserer Auffassung die Aufteilung ebenfalls sinnvoll, weil diese Spange nicht primär der Gemeinde Buchs als Umfahrung nützt, sondern die Entlastung des Stadtzentrums ermöglicht, wie es gesagt worden ist, also Kreuzplatz, Laurententorgasse und Bahnhofstrasse entlastet. Wer schon einmal mit dem Auto, und nicht mit dem Velo, von Osten her in die Stadt gefahren ist, der wird sehen, dass sich der Verkehr in Stosszeiten in diesen Gebieten sehr stark staut oder sogar zum Erliegen kommt. Das wird mit diesen Massnahmen besser werden. Alle Quartiere südlich der Eisenbahnlinie werden künftig diese Spange nutzen können. Aus diesen Gründen unterstützt die FDP Aarau sämtliche beantragten Kredite für die Erschliessung des Torfelds Süd und zur Realisierung der Spange Buchs Nord einstimmig.

**Jürg Schmid:** Das Bereitstellen einer adäquaten Infrastruktur gehört ganz klar zu den Hauptaufgaben der Stadt. Die im vorliegenden Bericht und Antrag behandelten fünf Projekte sind allesamt Teil baulicher Anpassungen resp. Ergänzungen der Verkehrsinfrastruktur im Torfeld Süd. Damit soll sichergestellt werden, dass der mit dem Ausbau dieses für die Stadt neuen Siedlungs- und Arbeitsgebiets entstehende Strassenverkehr optimal bewältigt werden kann. Wir sind der Auffassung, dass es bei den vorliegenden Projekten gelungen ist, gute Lösungen bei der Ausführung zu finden und auch die Finanzierung durch die Aufteilung der Kosten zwischen Kanton, Nachbargemeinde, Dritten und der Stadt in einem ausgewogenen Verhältnis ist. Entsprechend wird die SVP-Fraktion die fünf Anträge des Stadtrates einstimmig unterstützen.

**Marcel Guignard, Stadtammann:** Ich danke Ihnen für die grossmehrheitlich positive Aufnahme dieses Geschäfts. Es ist in der Tat so, dass es sich um eine zu erwartende Vorlage handelt – dies als Folge verschiedener bereits gefallener Volksentscheide. Alle laufen darauf hinaus, dass im Torfeld Süd, in welchem ein ganz wichtiger Entwicklungsschwerpunkt der Stadt Aarau liegt, optimale Voraussetzungen zu schaffen sind, damit dort die vorgesehene Entwicklung auch stattfinden kann. Es sind Ihnen insgesamt fünf Infrastrukturanlagen einzeln dargestellt worden. Diese dienen zum Teil dem motorisierten Individualverkehr, dem Langsamverkehr wie auch dem öffentlichen Verkehr. Das ist also die ganze Palette, die es braucht, um ein Quartier zu erschliessen und in die weitere Umgebung einzubetten. Ganz kurz rekapituliere ich noch einmal, was sich eigentlich in diesem Entwicklungsschwerpunkt an Nutzungsent-

wicklung in den nächsten Jahren abspielen wird: Heute hat es in diesem Gebiet rund 15 Wohnungen; in Zukunft werden es rund 320 Wohnungen sein, also 21 mal mehr als heute. Jetzt sind es ungefähr 750 Arbeitsplätze, später werden es rund 1'300 Arbeitsplätze sein. Heute haben wir in diesem Raum eine Bruttogeschossfläche von 66'000 m<sup>2</sup> "in Betrieb", es werden später rund 145'000 m<sup>2</sup> sein. Jetzt müssen Sie mir das Kunststück erklären, wie das alles mit weniger Verkehr durchführbar sein sollte. Alle Menschen, welche dort arbeiten, wohnen oder zu Besuch kommen, müssen auf irgendeine Art in dieses Gebiet kommen. Es lässt sich nicht wediskutieren, dass so zusätzlicher Verkehr entstehen wird, und zwar alle Arten von Verkehr. Wer ein Quartier ohne jeglichen Zusatzverkehr entwickeln möchte, müsste dieses Kunststück zuerst noch erklären. Deshalb müssen Sie davon ausgehen, dass Mehrverkehr entstehen wird, und deshalb ergeben sich die entsprechenden Erschliessungsvorgaben, welche erfüllt werden müssen, um diese Nutzung überhaupt realisieren zu können. Vielleicht ist auch das noch eine interessante Grössenordnung, welche Hanspeter Hilfiker bereits angesprochen hat: Die Stadt Aarau investiert dort rund 10 Mio. Franken, die Beiträge Dritter machen rund 15 Mio. Franken aus. Insgesamt werden 25 Mio. Franken in die Infrastrukturanlagen eingebracht, wovon aber weit mehr als die Hälfte des Betrags von Dritten übernommen wird. Das sind jene, von denen man jetzt sagt, sie würden von der Aufzoning und den Nutzungen, welche dort stattfinden, profitieren. Genau diejenigen beteiligen sich in wirklich angemessener Art und Weise. Sie haben sich vertraglich verpflichtet, die entsprechenden Beiträge zu leisten. Zusammenfassend kann Folgendes gesagt werden: Wenn man zum Entwicklungsgebiet Torfeld Süd Ja sagt, was die Mehrheit von Ihnen auch tut, so sollten Sie auch der entsprechenden Erschliessung zustimmen. Deshalb empfehle ich Ihnen, die fünf Anträge gutzuheissen und danke Ihnen für die Unterstützung.

**Michael Haueter:** Ich hatte keine Gelegenheit, dies vorher zu fragen: Die Verbindungsspange kostet rund 3 Mio. Franken. Es wird immer wieder gesagt, dass die Sanierung des Kreuzplatzes noch viele Jahre entfernt sei. Ich habe eigentlich den Eindruck, dass man eine perfekte Erschliessung über den Kreuzplatz hätte, wenn das ein Kreisel wäre. Man könnte sich den ganzen Umwegverkehr über die Feerstrasse ersparen und die Stadt würde einige Kilometer weniger Autoverkehr aufnehmen. Möglicherweise ist mir die Argumentation betr. Kreuzplatzkreisel bisher einfach immer entgangen, aber wie sieht das aus, in welchem Zeitraum gibt es dort einen Kreisel oder wie lange wollen wir darauf warten? Für 3 Mio. Franken könnte dieser Platz dort auch saniert werden. So könnten wir uns die Verbindungsspange mit WSB-Betriebsunterbrüchen, Niveauübergängen und all diesen Sachen sparen.

**Marcel Guignard:** Es ist nichts so einfach, als bei ausgearbeiteten Projekten mit einem Federstrich oder einer Idee etwas völlig Neues auf die Karte zu zeichnen. Auf den ersten Blick könnte man dann jeweils den Eindruck haben, diese neue Idee sei phantastisch. Das kommt mir ein wenig so vor, wenn Michael Haueter das zum jetzigen Zeitpunkt einbringt. Ich möchte einfach Folgendes sagen: Die Verbindungsspange Nord stellt eigentlich eine "Leiter" nördlich und südlich der Bahn dar. Mit der Verbindung vom Rosengarten bis zur T5 gibt es jetzt auf der Südseite eine Direktverbindung. Auf der Nordseite gibt es diese Verbindung über die Bahnhofstrasse und Rohrerstrasse. Da teilt sich schon einmal grundsätzlich der Verkehr auf. Wenn man diese durchgehende Verbindung nicht schafft, und zwar nicht nur für das Torfeld Süd, sondern für das ganze Stadtgebiet, so verlagert sich dieser Verkehr, welcher auf der Südseite nicht zur T5 hinuntergehen kann, auf die Rohrerstrasse und auf den Kreisel. Das ist ganz klar. So gesehen ergibt sich eine zusätzliche Belastung auf der Nordseite. Jetzt stellt sich die Frage, was mit dem Kreuzplatz passieren soll: Der Kreuzplatz liegt in der Tat nicht gleich in der untersten Schublade der Planung, steht aber auch nicht auf der obersten Etage des Reali-

sierungshorizonts. Man denkt darüber nach, und es sind auch schon entsprechende Liegenschaftskäufe eingeleitet worden oder sind noch geplant, um dort mit einem Kreisels die Situation verbessern zu können. Eine Verbesserung soll aber für den tatsächlich noch dort verbleibenden Verkehr sein und kann nicht als Ersatz für eine Verbindungsspanne Nord gelten.

**Gérald Berthet:** Ich möchte nur kurz etwas zum Votum von Herrn Guignard entgegnen: Wenn er den Verkehr, welcher von Osten in die Stadt hineinfährt, von einer Strasse auf zwei Strassen aufteilt, so hat er nicht zweimal die Hälfte des ganzen Verkehrs, sondern innert kürzester Zeit zweimal  $\frac{3}{4}$  oder 200 % des Verkehrs. Das ist überall so. Weshalb ist das so? Es fahren später sicher nicht alle, welche im Torfeld wohnen, auf der Verkehrsspanne, sondern nur diejenigen, welche zur Autobahn oder Richtung Olten fahren wollen und etwas Zeit sparen wollen. Das ist genau das, was Michael Haueter gesagt hat.

**Ueli Bürgi:** Es ist nicht mein Ziel, diese Diskussion unnötig zu verlängern. Ich möchte nur kurz etwas erklären: Auf dem Kreuzplatz gab es vor vielen Jahren ja schon einmal einen Kreisels. Als man den Kreuzplatz so umgebaut hat, wie er heute ist, fragte ich damals den Stadtrat bez. Kreisels. Der Stadtrat sagte, dass man aufgrund der verschiedenen Strassen einen Doppelkreisels bauen müsste, d. h. also zwei Spuren. Wenn man alle Gelenkbusse über den Doppelkreisels führen wollte, hätte man viel zu wenig Platz. Möglicherweise steckt dahinter also auch ein technisches Problem. Ich weiss nicht, ob das heute alles noch gültig ist. Das war aber vor vielen Jahren die Begründung, weshalb man nicht schon dazumal einen Kreisels gebaut hat.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

## **Abstimmungen**

### **Abstimmung über den Antrag 1:**

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen folgenden

### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat bewilligt für die "Industriestrasse West" einen Bruttoverpflichtungskredit im Umfang von 1'551'000 Franken, zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. Januar 2012.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

### **Abstimmung über den Antrag 2:**

Der Einwohnerrat fasst mit 43 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen folgenden

#### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat bewilligt für die "Industriestrasse Ost" einen Nettoverpflichtungskredit im Umfang von 2'560'000 Franken, zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. Januar 2012.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

### **Abstimmung über den Antrag 3:**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat bewilligt für die "WSB- Haltestelle Torfeld" einen Nettoverpflichtungskredit im Umfang von 1'380'000 Franken, zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. Januar 2012.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

### **Abstimmung über den Antrag 4:**

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen folgenden

#### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat bewilligt für die "Verbindungsspange Buchs Nord" einen Nettoverpflichtungskredit im Umfang von 2'985'800 Franken, zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. Januar 2012.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

### **Abstimmung über den Antrag 5:**

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme folgenden

### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat bewilligt als Nettobeitrag an die "Passerelle Torfeld Süd-Nord" einen Nettoverpflichtungskredit im Umfang von 1'620'000 Franken.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

## 9. Reglement der Musikschule und über das Anstellungsverhältnis der Musiklehrpersonen der Stadt Aarau

---

Mit Botschaft vom 10. Dezember 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

**Antrag:** *Der Einwohnerrat möge das Reglement der Musikschule und über das Anstellungsverhältnis der Musiklehrpersonen der Stadt Aarau erlassen.*

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Das revidierte Reglement lag dem Antrag bei, zusammen mit einer Synopse, also einer Gegenüberstellung der bisherigen und der neuen Regelung. Bei diesem Traktandum liegt ein **Antrag der SVP auf Nichteintreten** vor. Dieser wird vorab behandelt und auch gleich diskutiert. Wenn dieser Antrag gutgeheissen wird, ist die Diskussion erledigt und wir können zum nächsten Traktandum übergehen. Wird der Antrag abgelehnt, werden wir also auf das Geschäft eintreten. Dann kommt als nächstes der uns vorliegende **Rückweisungsantrag der SP** dran. Das ist ein Ordnungsantrag, welcher vorab behandelt wird. Ich werde dort trotzdem der Sachkommission die Gelegenheit geben, sich zu äussern. Anschliessend wird die SP die Gelegenheit haben, den Rückweisungsantrag zu begründen. Wird die Rückweisung gutgeheissen, ist dieses Geschäft beendet und wir können zum nächsten Traktandum übergehen. Findet der Rückweisungsantrag der SP keine Mehrheit, geht es in die generelle Debatte über diese Vorlage als solches. Dort können sich wieder alle zur Vorlage im Gesamten äussern. Anschliessend wird der Stadtrat Gelegenheit haben, sich zu äussern. Wenn die Gesamtdebatte beendet ist, kommen wir zur Detaildebatte. In der Detaildebatte liegen uns, wie das allen aus dem Protokoll der **Sachkommission** bekannt ist, **drei Abänderungsanträge** zu einzelnen Paragraphen dieses Reglements vor. Franziska Graf wird im Rahmen des Rückweisungsantrags erläutern, was stört und geändert werden sollte, aber die **acht Abänderungsanträge der SP** werden, wenn wir überhaupt zur Detaildebatte kommen, dann noch einzeln gestellt werden. Es liegen also drei Abänderungsanträge der Sachkommission und acht Abänderungsanträge der SP vor, wobei sich diese in einem Punkt überschneiden. Es liegt also ein richtiges Stück Arbeit vor uns. Deshalb bitte ich alle, bei den Voten darauf zu achten, dass auf das Stellung genommen wird, was effektiv vorliegt. Also die Frage, ob auf das Geschäft eingetreten werden soll oder nicht, soll noch nicht Gelegenheit geben, zur Gesamtdebatte Stellung zu nehmen. Selbstverständlich darf in der Vogelschauersperspektive auch die eigene Meinung angetönt werden. Es ist aber nicht die Meinung, dass im Rahmen der Nichteintretens- oder der Rückweisungsdebatte bereits Fraktionsmeinungen zur Vorlage gefragt sind. Darauf werden wir kommen, wenn darauf eingetreten und die Rückweisung abgelehnt wird. Dort können die Fraktionen dann ihre Stellungnahmen abgeben. Somit kommen wir zur Eintretensdebatte. Deshalb übergebe ich das Wort an die SVP, welche den **Antrag auf Nichteintreten** gestellt hat.

**Heinz Suter:** In absehbarer Zeit steht das Schicksal der Kreisschule Buchs-Rohr respektive deren Zusammengehen mit der Schule Aarau auf der politischen Agenda. Es stehen mehrere Lösungen im Raum. Ob die Variante Kreisschulverband oder Gemeindevertrag gewählt wird, ist offen. In beiden Fällen wird man mit dem zukünftigen Partner Buchs eine beidseits akzeptierte

table Lösung für alle Belange suchen und finden müssen. Dazu gehört auch zwingend die Regelung der Musikschule mit alle dazugehörigen Parametern. Im heutigen Zeitpunkt eine individuelle "Aarauer-Musikschul-Übung" zu machen, ohne Mitsprache des Partners Buchs, dürfte nur dann erforderlich sein, wenn die vorliegende Reglementsrevision materiell notwendig und zeitlich dringend ist. Nach unserer Ansicht ist weder das eine, noch das andere Erfordernis erfüllt. Die Vorlage zeigt in keiner Art und Weise auf, weshalb die Neuregelung nun quasi "fünfvorzwölf" noch durchgeboxt werden soll. Die Musikschule arbeitet seit über 6 Jahren trotz Schulleitungsmodell mit dem bestehenden Reglement, ohne dass dringend zu behebende Missstände erkennbar wären oder das Funktionieren des Musikunterrichts nicht mehr gewährleistet werden könnte. Die Musikschullehrer werden besoldet, ohne dass je Anstände über ausstehende Löhne und dergleichen bekannt geworden wären. Auch wenn Bedarf zur Anpassung des Reglements in einigen formellen Punkten erkennbar ist, kann es nicht angehen, dass nun, durch eine Angebots- und Mengenausweitung (Früheinstieg und Spätausstieg) und andere Änderungen im Hinblick auf die Schulfusion Aarau-Buchs, einfach vollendete Tatsachen geschaffen werden, über welche der künftige Vertragspartner noch nicht mitreden konnte. Ein solches Vorgehen ist unfair und undemokratisch und, wie bereits aufgezeigt, weder materiell noch zeitlich notwendig. Insofern ist die SVP Aarau Rohr der Ansicht, dass wir über die Details der Vorlage heute gar nicht debattieren müssen, ob es nun Argumente pro oder contra zu einzelnen Punkten der vorgeschlagenen Revision gibt. Die Debatte über die Ausgestaltung der Musikschule steht im Rahmen der Zusammenführung der Kreisschule Buchs-Rohr und der Schule Aarau sowieso noch bevor. Wir wollen, dass beide Vertragspartner mitreden können, zumal ja sowieso eine neue Lösung notwendig ist, welche die Schülerinnen und Schüler aus Rohr gleich behandelt wie jene Kinder und Jugendlichen, die in Aarau zur Schule gehen. Aarauerinnen und Aarauer sind wir alle, ob unsere Kinder nun in Aarau oder in Rohr in die Schule gehen. Die SVP Aarau Rohr ist im heutigen Zeitpunkt der Ansicht – allerdings noch unverbindlich, da die Grundlagen zur Evaluation der Modellwahl noch nicht bekannt sind – dass das Modell Kreisschulverband wohl optimal wäre. In diesem Fall soll dereinst in ein bis zwei Jahren der Kreisschulrat der künftigen Kreisschule Aarau-Buchs über die genaue Ausgestaltung der fusionierten Musikschule sowie deren Angebote befinden. Die SVP Aarau Rohr beantragt aus diesen Gründen das Nichteintreten auf diese Vorlage und hofft auf Ihre Unterstützung.

**Lukas Häusermann:** Das Musikschulreglement, welches uns schon so lange versprochen worden ist, liegt endlich vor. Bereits liegt aber auch ein Antrag auf Nichteintreten vor. Da gilt also offensichtlich der Spruch "Was lange währt, wird endlich gut" noch nicht. Es ist klar, dass die Schule Aarau ihre Reglemente irgendeinmal, wenn man sich mit der Kreisschule Buchs-Rohr gefunden hat, oder wenn der Kanton entsprechende, übergeordnete Reglemente anpasst, wieder überarbeiten muss. Das ist aber für die CVP-Fraktion kein Grund, heute auf diese Vorlage nicht einzutreten. Ein Reglement muss ja immer wieder den neuen Umständen angepasst werden. Es ist eine Illusion zu glauben, irgendeinmal den richtigen Zeitpunkt für eine Anpassung eines Reglements zu treffen, welches dann wieder zehn Jahre lang gelte. Was zählt, ist die Tatsache, dass hier ein Reglement vorliegt, welches nach heutigen Gesichtspunkten besser als das alte ist. Entsprechend lohnt es sich, dieses Reglement heute zu behandeln.

**Lukas Pfisterer, Stadtrat:** Ich nehme gerne Stellung zum Antrag der SVP auf Nichteintreten: Die SVP begründet ihren Antrag mit Blick auf die Diskussionen, welche wir mit der Gemeinde Buchs und letztlich auch mit der Kreisschule Buchs-Rohr über die neuen Strukturen führen. Ich zeige Ihnen gerne schnell auf, wo wir bei diesem Projekt stehen: Der aktuelle Zeitplan sieht so aus – einige von Ihnen sind da übrigens auch involviert – dass im Moment

verschiedene Arbeitsgruppen intensiv am Arbeiten sind. Nach den Sportferien sollten intern die Grundlagen soweit sein, dass ein Grundlagenbericht mit sämtlichen Fakten verfasst werden kann. Dieser Bericht geht an die beiden Gemeinderäte. Nach heutigem Stand der Dinge sollte vor den Sommerferien eine öffentliche Mitwirkung stattfinden, damit im Herbst die entsprechenden Gremien – das werden voraussichtlich die Einwohnerräte der Stadt Aarau und der Einwohnergemeinde Buchs sein – entscheiden können. Je nach getroffener Lösung ist eine Volksabstimmung notwendig. Das könnte irgendeinmal am Ende dieses oder anfangs des nächsten Jahres sein. Das Projekt muss danach umgesetzt werden. Je nachdem, welche Lösung gewählt wurde, dauert das weniger lang oder es wird etwas komplizierter. Die diskutierten Lösungen sind vorhin bereits angesprochen und im Übrigen auch schon in verschiedenen Medienmitteilungen öffentlich gemacht worden. Man diskutiert über eine grosse, gemeinsame Kreisschule und über eigene Schulen in beiden Gemeinden, wo die politischen Grenzen auch als Schulgrenzen gelten würden, aber in einzelnen Bereichen zusammengearbeitet würde. Dazwischen gibt es natürlich noch mögliche Varianten, aber das sind ungefähr die beiden grossen Richtungen. Je nachdem, wie das dann aussieht, sind andere Gremien zuständig und die Abläufe etwas komplizierter. Wenn eine Kreisschule Buchs-Rohr aufgelöst und eine neue, grosse Kreisschule gegründet werden muss, braucht das eine gewisse Zeit. Wenn man sie auflösen muss, um anschliessend die beiden Schulen wieder in den eigenen Gemeinden zu führen, braucht das ebenfalls eine gewisse Zeit. Wie auch immer, eine neue Schulorganisation der Gemeinden Buchs und Aarau wird mit grosser Sicherheit nicht vor dem Jahre 2015/2016 umgesetzt werden. Das heisst, falls Sie heute nicht auf das Musikschulreglement eintreten, weil die Absicht besteht, das gemeinsam mit einem allfälligen Kreisschulrat auszuarbeiten, wird bis dann gar nichts passieren. Ein gemeinsamer Kreisschulrat wird sich dann zuerst diesem Geschäft annehmen müssen und wohl auch eine gewisse Zeit benötigen, um ein gemeinsames Musikschulreglement zu erarbeiten. Eine Ablehnung des Reglements hat Konsequenzen für die Musikschule und die Stadt Aarau: Aus formeller Sicht werden die Strukturen nicht der geleiteten Schule angepasst. Die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen bleiben mit allen Ungleichheiten so, wie sie heute sind. Es gibt keine Anpassung an das GAL. Es wären also die einzigen Lehrpersonen, welche noch so arbeiten. Es sind städtische Angestellte nach städtischem Reglement. Ich sage nicht, dass das per se schlecht ist, aber es ist anders, als bei allen anderen Lehrpersonen. Die Modernisierung und Ausweitung des Angebots wird nicht erfolgen. So gibt es beispielsweise keine Anpassung der Altersstrukturen nach unten oder nach oben. Die Kindergartenkinder werden nicht an der Musikschule teilnehmen können, obwohl sie neu ein Teil der Volksschule sind. Wenn man die Volksschule beendet hat, muss man auch zur Musikschule austreten. Das sind einige Beispiele, welche sich nicht verändern würden. Ich bitte Sie deshalb, auf dieses Geschäft einzutreten: zur Anpassung der Strukturen der geleiteten Schule, zur Verbesserung der Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen, aber auch für unsere Kinder, welche an einer guten Musikschule Unterricht erhalten sollen. Sie sind selbstverständlich nachher frei, wenn Sie auf das Geschäft eintreten, alles, was Sie anders entscheiden wollen, auch anders zu entscheiden. Das dürfen Sie, das können Sie, und da lade ich Sie auch herzlich ein, aber es gibt keinen Grund, heute nicht auf das Geschäft einzutreten. Eine Bemerkung wurde noch gemacht, dass man jetzt nicht bei uns ein Musikschulreglement beschliessen solle, ohne dass der mögliche, künftige Vertragspartner mitreden könne. Nur kurz zur Erinnerung: Der Kreisschulrat Buchs-Rohr hat vor nicht allzu langer Zeit sein Musikschulreglement überarbeitet und geändert. Die Stadt Aarau wurde dabei nicht gefragt und musste auch nicht gefragt werden. Ich denke, der Einwohnerrat darf heute durchaus dieses Musikschulreglement ändern. Es sind Anpassungen, welche auch in der zukünftigen Schule rückgängig gemacht oder geändert werden können. Das dürfen Sie. Was Sie heute beschlies-

sen, wenn Sie auf das Geschäft eintreten, ist überhaupt nichts, das nicht mehr rückgängig gemacht werden könnte. Deshalb bitte ich Sie, auf dieses Geschäft einzutreten.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

#### **Abstimmung über den Antrag der SVP auf Nichteintreten:**

*Der Antrag der SVP auf Nichteintreten wird mit 36 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen **abgelehnt**.*

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Der Einwohnerrat hat entschieden, auf das Geschäft einzutreten. Das Geschäft ist in der Sachkommission behandelt worden. Auf die aus dem Protokoll ersichtlichen Abänderungsanträge kommen wir in der Detaildebatte zu sprechen. Sie können aber allenfalls auch jetzt schon thematisiert werden.

**Therese Dietiker, Sprecherin der Sachkommission:** In der Sachkommission haben wir nicht über Rückweisung diskutiert. Die Sachkommission befasste sich mit dem Musikschulreglement. Unsere Fragen in der Kommission beantworteten Lukas Pfisterer als zuständiger Stadtrat, Emanuela Wertli, zuständige Schulpflegerin und Urs Erdin, Musikschulleiter. Grundsätzlich findet es die Sachkommission gut, dass endlich ein neues Reglement vorliegt und beurteilt dieses als klarer als vorher, als Musikschulangebote und Lehrpersonen in separaten Erlassen behandelt wurden. Es wurde auch bemerkt, dass das Angebot der Musikschule breiter ist als früher, was zeitgemäss ist. Die Sachkommission findet es auch richtig, dass die Musiklehrkräfte nach den kantonalen Richtlinien angestellt werden, wie dies in andern Gemeinden teilweise schon der Fall ist. Es ist zu berücksichtigen, dass das Musikschulgesetz des Kantons das vorliegende Reglement schon bald wieder ablösen wird. Auch die Zusammenführung der Schulen Aarau und Buchs-Rohr wird wieder zu Änderungen führen. Unschön ist, dass mit der Einführung gleichzeitig die Elternbeiträge aufgrund von Stabilo 1 angehoben werden. Trotzdem verursacht das Musikschulreglement Mehrkosten. Die Schülerinnen und Schüler des Ortsteils Rohr werden weiterhin die Musikschule Buchs-Rohr besuchen, und damit andere Bedingungen haben, wie z. B. Angebot oder Kosten. Die Kosten sind z. B. in der Primarschule höher, wenn man im Ortsteil Rohr wohnt. Trotzdem plädieren wir mit 8:2 Stimmen für die Annahme des neuen Reglements. Nun noch zu vereinzelt Diskussionspunkten: Unklar war für die Kommissionsmitglieder, wie sich die Ausweitung des Alters der Musikschülerinnen und -schüler gegen unten und gegen oben auf die Schülerzahlen auswirkt, ob mit der Erweiterung des Fächerangebotes mehr Kinder vom Musikschulangebot Gebrauch machen und ob oder welche Kosten mit den Veränderungen verursacht werden. Der Musikschulleiter erklärte uns, dass der Anteil der Musikschüler in Aarau bereits jetzt sehr hoch sei gegenüber andern Gemeinden. Dieser Wert könne kaum getoppt werden. Er rechnet mit rund 20 Kindern, die bereits im Kindergarten ein Musikinstrument erlernen und so vom neuen Angebot profitieren, machte aber auch klar, dass es Instrumente gibt, die aufgrund von physischen Grenzen noch nicht gespielt werden können. Beim breiteren Angebot wird nicht mit mehr Musikschülern gerechnet, sondern es wird Schüler geben, die sich für eine neue Variante entschliessen, aber kaum ein zweites Instrument spielen werden. Somit sollten die Kosten nicht sehr stark steigen. Die Kommission interessierte sich auch für die Mehrkosten, die aus den neuen Anstellungsbedingungen entstehen. Es wird Löhne geben, die nach kantonalen Richtlinien angehoben werden. Dies ist jedoch nicht generell so. Die Löhne, die tiefer ange-

setzt werden sollten, haben eine Besitzstandswahrung bis zur generellen Überführung aller Musiklehrkräfte in das GAL. Damit entstehen auf Sommer 2013 5,42 % Mehrkosten für die Gesamtlohnsumme. Bei der Durchsicht der einzelnen Paragraphen gab es einige Diskussionen, die zu Anträgen führten. § 1: Der Passus "Aarau bietet Kindern und Jugendlichen mit Wohnsitz oder Schulort Aarau Instrumentalunterricht an" kann dazu führen, dass Familien aus dem Ortsteil Rohr ihre Primarschüler in Aarau in die Musikschule schicken wollen, weil dies günstiger ist. Dies war jedoch nicht die Absicht der Schulpflege, die mit diesem Passus lediglich sicherstellen wollte, dass auch Berufsschüler, die in Aarau wohnen, die Musikschule besuchen könnten. Da diese aber im gleichen Paragraphen zusätzlich erwähnt sind, ist grundsätzlich klar, dass nur Musikschüler, welche die Schule Aarau besuchten, nach ihrer Schulzeit weiterhin Instrumentalunterricht belegen können. Deshalb beantragt die Sachkommission, auf das Wort "Wohnsitz" in § 1 zu verzichten und diesen Abschnitt wie folgt ins Reglement einzufügen:

*Die Einwohnergemeinde Aarau bietet Kinder und Jugendlichen der Schule Aarau (nachfolgend Schülerinnen und Schüler) ergänzend zum kantonalen Angebot Instrumentalunterricht an. Dieser kann bis zum Ende des Schuljahres, in dem das 20. Altersjahr vollendet wird, auch nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit besucht werden.*

Zu § 3, Organe: Heute werden die Lehrkräfte nicht mehr gewählt, sondern angestellt. Deshalb beantragt Ihnen die Sachkommission, § 3, Abs. 1, wie folgt im neuen Musikschulreglement festzuschreiben:

*Aufsichts- und Anstellungsbehörde ist die Schulpflege.*

Zu § 6: Die Sachkommission fand es in ihrer Diskussion wichtig, dass auch das breite Angebot an Ensembles und Orchester im Musikschulreglement erwähnt wird. Wir bitten Sie, § 6 Abs. 6 wie folgt zu ergänzen:

*Zusätzlich zum Hauptinstrument bietet die Musikschule Ergänzungsfächer und Ensembles an. (Die Ensembles sind auch in der Marginalie zusätzlich zu den Ergänzungsfächern zu erwähnen.)*

Wie eingangs erwähnt, bittet Sie die Sachkommission, das Musikschulreglement mit den drei Änderungen zu genehmigen.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Wir kommen nun zum **Rückweisungsantrag der SP**. Bitte erlauben Sie mir noch eine Vorbemerkung: Ich stelle fest, dass offenbar der Kontakt zwischen den Fraktionen beim Verteilen solcher Anträge im Hinblick auf eine Sitzung nicht so optimal funktioniert. Wenn auf der Einladung steht, man solle Ergänzungs- und Abänderungsanträge jeweils bis am Freitag um 12 Uhr vor der Sitzung einreichen, dient das nicht dazu, dass die Stadtkanzlei bzw. Stefan Berner anschliessend alle informiert. Es dient der Sitzungsvorbereitung und dem Ratsbüro und zu nichts anderem. So können die Traktanden richtig aufgelegt und vorbereitet werden. Wenn man mit solchen Anträgen auch die anderen bedienen möchte, muss das über die Fraktionspräsidien erfolgen. Mir ist nur aufgefallen, dass in letzter Zeit diverse Personen geäussert haben, sie hätten den Rückweisungsantrag nicht oder nicht gewusst, dass noch jemand anders einen Antrag gestellt habe. Die Stadtkanzlei ist nicht das Informationsbüro, welches alles austauscht. Im Hinblick auf eine solche Sitzung wäre es gefragt, dass die Fraktionen einander die Unterlagen zustellen würden und diese dann an die

Mitglieder weiterleiten. Es muss nicht alles an alle verteilt werden. Über die Fraktionspräsidien gehen die Unterlagen dann zu den einzelnen Mitgliedern. Beim Rückweisungsantrag der SP handelt es sich um einen **Ordnungsantrag**. Dieser muss vorab behandelt werden.

**Franziska Graf:** Die SP-Fraktion beantragt einstimmig die Rückweisung des Reglements der Musikschule und über das Anstellungsverhältnis der Musiklehrpersonen der Stadt Aarau. Das Reglement ist nicht ausgereift und bedarf einer gründlichen Überarbeitung. Ein Reglement dient der Klärung von Differenzen und sollte deshalb klar und verständlich formuliert sein. Bei dieser Vorlage muss viel interpretiert werden, und wir kamen schon in unserer Fraktion auf unterschiedliche Ergebnisse. Verschiedene Auslegungsvarianten und damit Konfliktsituationen zwischen der Schule und den Eltern sind eigentlich vorprogrammiert. Wir bitten den Stadtrat und die Schulpflege, der Überarbeitung des Reglements höchste Priorität einzuräumen und die überarbeitete Version möglichst schnell dem Einwohnerrat wieder vorzulegen. Was uns aufgefallen ist, führen wir gerne hier auf. Auch wenn unsere Änderungen übernommen werden, ist eine gründliche Überarbeitung durch die zuständigen Behörden nötig.

*Der § 1 soll ergänzt werden mit dem Satz: "Ausgenommen sind Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule, der WMS und der FMS." Diese Schülerinnen und Schüler haben an ihren Schulen die Möglichkeit, kostenfrei Instrumentalunterricht zu besuchen und sind nicht auf subventionierten Unterricht an der städtischen Musikschule angewiesen.*

*§ 3 Abs. 1: "Wahlbehörde" ist zu ersetzen durch "Anstellungsbehörde." Dies hat die Sachkommission schon so beantragt.*

*§ 3 Abs. 3: "Die Schulpflege wählt..." ist zu ersetzen durch "Die Schulpflege stellt an."*

*§ 7 Abs. 1: "Die Eltern melden die Schülerinnen und Schüler für ein Schuljahr an. Eine Anmeldung auf Beginn des 2. Semesters ist möglich. Ohne schriftliche Kündigung wird der Vertrag stillschweigend für ein weiteres Schuljahr verlängert." Der letzte Satz ist zu streichen, auf eine stillschweigende Vertragsverlängerung ist zu verzichten. Ein klarer Kündigungsstermin mit Kündigungsfrist ist festzulegen und aufzuführen.*

*§ 7 Abs. 2: "Die Anmeldungen sind rechtsverbindlich. Abmeldungen können ab diesem Zeitpunkt nicht mehr berücksichtigt werden. Die Kosten für ein Semester werden den Eltern verrechnet." Dies ist zu ändern auf: "... Abmeldungen können nach dem Anmeldetermin nicht mehr berücksichtigt werden." Es steht nirgends, welcher genaue Zeitpunkt eigentlich gemeint ist.*

*§ 7 Abs. 7: "Unentschuldigte Absenzen können nicht rückerstattet werden." Dieser Satz führt zum Umkehrschluss, dass entschuldigte Absenzen rückerstattet werden, was nach unserem Verständnis nicht der Fall ist. Da hoffen wir, dass das geklärt wird.*

*§ 7 Abs. 8: Der ganze Absatz ist zu streichen. Dies ist in Absatz 9 geregelt. Für uns ist störend, dass bei Nichteignung der Unterricht nicht weitergeführt werden soll. Unserer Meinung nach sollte das nur bei den Gründen unter Absatz 9 möglich sein. Auch nichttalentiertere Kinder dürfen Musikunterricht besuchen.*

*§ 7 Abs. 12: "Die Lehrpersonen können eine Kurzabsenz mit einer themenorientierten Klas-*

*senstunde vor- oder nachholen*" ist durch "Kurzabsenzen sind grundsätzlich zu vermeiden, wenn unumgebar, sind die Lektionen zwingend nachzuholen" zu ersetzen.

Nebst den aufgezählten Gründen ist für uns auch der Zeitpunkt schlecht gewählt. Die Überarbeitung des Reglements der Musikschule und über das Anstellungsverhältnis der Musiklehrpersonen der Stadt Aarau wurde schon lange hinausgezögert. Aus unserer Sicht hätte sich dieser Schritt erübrigt, wenn die Lösungsfindung für die Schulsituation in Aarau (Schule Aarau und Kreisschule Buchs-Rohr) mit Elan angegangen worden wäre. Alle Beteiligten der Fusion wussten, dass es nach der Fusion zwei Sorten Schulkinder gibt in Aarau. Es war klar, dass nicht alle die gleichen Rechte haben werden, bis die Schulfrage gelöst ist. Da es auf beiden Seiten Plus- und Minuspunkte gibt, kann das Ganze als vorübergehend akzeptiert werden. Eine echte Gerechtigkeit im Sinne einer Gleichbehandlung ist in dieser Situation aber nicht zu erreichen. Deshalb ist es für uns eine andere Situation, wenn nach der Fusion neue Reglemente geschaffen werden, welche die Unterschiede noch festigen, anstatt eine Gleichbehandlung zu schaffen. Wir denken da an die Tarife, die Subventionen für Lehrlinge, etc. Gerne nehmen wir noch Stellung zu den Anträgen der Sachkommission: § 1 Abs. 1: Der Einwohnerrat möge § 1 Abs. 1 wie folgt ändern: "Die Einwohnergemeinde Aarau bietet Kindern und Jugendlichen der Schule Aarau (nachfolgend Schülerinnen und Schüler) ergänzend zum kantonalen Angebot Instrumentalunterricht an..." Das schliesst diese Aarauer Kinder aus (und damit meine ich auch diejenigen Kinder, welche im "alten" Aarauer Teil wohnen), die eine auswärtige Schule besuchen, z. B. eine Privatschule. Auch diese sollten unserer Meinung nach das Recht haben, bei der Musikschule Aarau Unterricht zu besuchen. Bei der Kreisschule Buchs-Rohr ist es jedenfalls so gelöst. Das Problem, das mit diesem Satz gelöst werden soll, ist mit diesem Reglement nicht zu lösen und braucht eine Lösung in der Schulfrage. Wir unterstützen diese Änderung nicht. Die weiteren Anträge der Sachkommission unterstützen wir. Bei der überarbeiteten Vorlage wünschen wir uns einen Begleitbericht, indem die Änderungen vom bisherigen zum neuen Reglement erläutert und somit die Überlegungen für den Einwohnerrat nachvollziehbar sind, und zwar Paragraph für Paragraph und nicht summarisch. Paragraphentitel, die das Thema des folgenden Paragraphen beschreiben, würden das Lesen enorm erleichtern. Es wäre hilfreich, wenn spezielle Ausdrücke, wie z. B. "Ergänzungskurse" und "Ergänzungsfächer" erklärt würden, z. B. in einer Fussnote. Als Letztes wünschen wir uns eine Erklärung, weshalb mit dem neuen Reglement zusätzliche Fächer ermöglicht werden, die mit dem bisherigen Reglement nicht möglich sind. Uns wurde das aus dem Text heraus nicht klar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, das zur Abstimmung vorliegende Geschäft bedarf so vieler verschiedener Änderungen, dass uns eine Rückweisung als einzig richtig erscheint. Ich freue mich, wenn Sie das so unterstützen können.

**Markus Hutmacher:** Die Fraktion Grüne/JETZT! hat heute Abend eigentlich mit der Überweisung dieses Geschäftes gerechnet. Wir haben gedacht, dass es sich um eine gute Sache handelt. Wir stellen aber fest, dass so viele Unklarheiten bestehen. Wir sollten aus dem Stand heraus ganz viele Entscheide fällen. Wir haben diese Anträge nicht einmal schriftlich vorliegen. Deshalb werden wir die Rückweisung unterstützen. Wir haben heute Abend gehört, dass für die Einwohnerratssitzung vom März noch nicht viele Traktanden vorliegen. Da von der SP und der Sachkommission die Änderungsanträge schriftlich formuliert sind, könnte man das Reglement auf diese Zeit hin überarbeiten. Es tut uns Leid für die Schulpflege, wie auch für die betroffenen Lehrkräfte, aber wir denken, dass wir hier nur an etwas herumflicken und am Schluss niemand mehr weiss, was genau gemeint war. Deshalb unterstützen wir den Rückweisungsantrag.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Es ist sicher ein hehrer Wunsch, dass diese Vorlage bis zur Märzszitzung überarbeitet werden könnte.

**Lukas Pfisterer, Stadtrat:** Ich nehme zu diesem Rückweisungsantrag gerne Stellung. Der Vorwurf wurde genannt, das Reglement sei nicht ausgereift und bedürfe der gründlichen Überarbeitung. Zudem solle es möglichst rasch wieder vorgelegt werden. Das haben wir jetzt gleich noch einmal gehört. Zuerst zum letzten Punkt: Um mit dem neuen Reglement im neuen Schuljahr arbeiten zu können, sollten Sie dieses Reglement heute verabschieden. Nur dann kann nach dem neuen Reglement gearbeitet werden, denn Ende Februar/anfangs März wird der Schulleiter die Anmeldeformulare verschicken. Diese basieren auf dem zugrundeliegenden Reglement. Sollte das neue Reglement dann schon entschieden und rechtskräftig sein, werden die Anmeldungen nach dem neuen Reglement erfolgen, sonst nach dem bisherigen Reglement. Die Überarbeitung hätte also zur Folge, dass sicher nicht mehr auf das nächste Schuljahr 2013/2014 mit dem neuen Reglement gearbeitet werden könnte. Der Wunsch, das Reglement möglichst rasch wieder vorzulegen, ist verständlich, aber er wird nicht zur Folge haben, dass das Reglement im März oder April bereits überarbeitet ist und im neuen Schuljahr damit gearbeitet werden könnte. Die ganze Planung des neuen Schuljahres läuft jetzt dann bereits an. Das erkläre ich einfach als formelle oder zeitliche Vorbemerkung. Wenn Sie das Geschäft zurückweisen, hat das inhaltlich zur Folge, dass wir weiterhin mit den bisherigen Strukturen arbeiten müssen. Die Anstellungsbedingungen werden mindestens ein Jahr nicht angepasst und auch das Angebot wird nicht erweitert. Beispielsweise werden die Elternbeiträge in der Kadettenmusik weiterhin nur in der Oberstufe reduziert und nicht auch schon in der Primarschule (§ 9 Abs. 5). Die SP hat verschiedene Anträge unterbreitet. Dies sind alles Anträge, über welche man heute Abend abstimmen kann. Es sind unterschiedliche Meinungen vorhanden, was absolut zulässig und verständlich ist. Es kann aber entschieden werden. Die Musikschulleitung hat Ihnen, zusammen mit der Schulpflege und dem Stadtrat, einen Vorschlag unterbreitet, wie wir diese Musikschule zukünftig gestalten könnten. Der Einwohnerrat ist jetzt eingeladen, dieses Reglement zu beschliessen. Sie können Änderungen daran vornehmen. Sie können jedes Komma ändern, Sachen herausstreichen oder ergänzen. Das ist Ihre Aufgabe, da laden wir Sie herzlich ein dazu. Dafür brauchen Sie keine Rückweisung. Wenn Sie Fragen haben oder irgendwelche Unklarheiten bestehen, so stellen Sie diese Fragen bitte. Die Unklarheiten können wir heute in diesem Saal klären. Alle, welche an diesem Reglement mitgearbeitet haben, sind heute Abend hier, z. B. der Musikschulleiter, eine grosse Anzahl der Schulpflegemitglieder und ich auch. Wir können also alles klären. Bitte stellen Sie die Fragen. Noch einmal: Wenn Sie dieses Geschäft zurückweisen, geht es voraussichtlich mindestens ein Jahr, bis wir das Musikschulreglement wieder vorlegen. Ich weiss nicht, wie es dann aussieht. Ich bitte Sie deshalb, das Reglement heute zu behandeln und die Fragen zu stellen. Ich lade Sie herzlich ein dazu, um das Reglement wirklich in der Sache zu beraten. Dass Sie so viele Anträge gestellt haben, zeigt mir auch, dass Sie sich wirklich intensiv mit diesem Geschäft befasst haben und dieses Thema Sie auch beschäftigt. Vielleicht haben wir noch Gelegenheit, die einzelnen Anträge miteinander zu behandeln.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

#### **Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SP:**

*Der Rückweisungsantrag der SP wird mit 34 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen **angenommen**.*

## 10. Erhöhung der Schulleitungspensen um 100 Stellenprozente

---

Mit Botschaft vom 10. Dezember 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

**Antrag:** *Der Einwohnerrat möge ein zusätzliches, von der Stadt Aarau finanziertes Schulleitungspensum von 100 % bewilligen.*

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Das Eintreten auf dieses Geschäft wird nicht bestritten. Es liegt ein **Rückweisungsantrag der SVP** vor. Wir werden diesen Antrag nach dem Referat der Sachkommission umgehend behandeln.

**Hans Fügli, Sprecher der Sachkommission:** An ihrer Sitzung vom 8. Januar 2013 hat sich die Sachkommission mit der Botschaft von Schulpflege und Stadtrat zur Erhöhung der Schulleitungspensen um 100 Stellenprozente beschäftigt. Als Auskunftspersonen sind Herr Stadtrat Lukas Pfisterer und Herr Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege, zur Verfügung gestanden. Die Auskunftspersonen haben eingangs erläutert, dass die Prozente für die vakante Gesamtschulleitung, neu als Geschäftsleitung bezeichnet, bereits in die bestehenden Schulleitungen verteilt worden sind. "Unten", also auf Ebene der Schulleitungen, habe es zu wenige Prozente gehabt, was bei der Einführung der geleiteten Schule 2005 bereits absehbar gewesen war. Die Auskunftspersonen möchten, wie bisher, beim zweiteiligen Leitungsmodell bleiben. Der Kommission ist die Notwendigkeit für die Aufstockung mehrheitlich klar gewesen. Das zeigt auch das deutliche Ja bei der Abstimmung. Die wichtigsten Vorbehalte möchte ich hier erwähnen: Die Vorlage kommt eher dürftig daher. Es ist eine sehr "dünne" Dokumentation vorhanden. Es geht doch um wiederkehrende Ausgaben von ca. 150'000 Franken in der laufenden Rechnung. Es fehlen aus der Sicht der Kommission einige Unterlagen, so z. B. das Funktionendiagramm und auch der Stellenbeschrieb. Der letztgenannte ist verdankenswerterweise im Extranet nun nachlesbar gemacht worden. Da die Frage, wie es mit der Schulzusammenarbeit Aarau und Buchs/Rohr weitergehen soll, noch völlig offen ist, ist in der Sachkommission ein Vorbehalt gegen die Vorlage angebracht worden. Die Auskunftspersonen haben zu unseren Vorbehalten betr. Dürftigkeit der Botschaft gesagt – ich verweise auf das vorher erwähnte Funktionendiagramm und den Stellenbeschrieb – dass es sich nicht um die Besetzung der Gesamtleitung handelt, sondern nur um zu bewilligende Stellenprozente gehe und deshalb keine zusätzlichen Unterlagen in der Auflage gewesen seien. Zur Frage "Aufstockung Schulleitung vor der Klärung Kreisschule" oder "Alleingang" meinten die Auskunftspersonen, dass eine Komplettierung des zweiteiligen Leitungsmodells heute schon notwendig sei, da viele Aufgaben heute nicht oder nur notdürftig bearbeitet werden können. Erwähnt worden ist z. B. das MAG (Mitarbeitergespräch), das mangels Ressourcen seit Jahren nicht mehr stattfinden konnte. Die anstehende Schulraumplanung bei der Umstellung zum 6/3-Modell sei sehr dringend. Die Kommission hat, trotz Vorbehalten gegen die Vorlage, am Schluss mit 8 zu 2 Stimmen doch deutlich zugestimmt.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Wir kommen nun zum Rückweisungsantrag der SVP.

**Marc Bonorand:** Obwohl die SVP-Fraktion grundsätzlich der Meinung ist, dass der Bedarf für eine Erhöhung der Schulleitungspensen um 100 Stellenprozente gerechtfertigt ist, stellen wir trotzdem den Antrag auf Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat. Dies aus den folgenden Gründen: Nach unserer Auffassung soll auch hier zuerst einmal Klarheit herrschen, was mit der Kreisschule Buchs-Rohr passiert. In den Legislaturzielen steht, dass die Schulfrage noch in diesem Jahr geklärt werden soll. Wie wir soeben von Stadtrat Lukas Pfisterer gehört haben, wird vor dem Schuljahr 2015/2016 keine Lösung vorhanden sein. Die Fusion mit der Gemeinde Rohr ist jetzt bereits mehr als 3 Jahre her. In der Frage betr. Zusammenarbeit oder Fusion mit der Kreisschule ist in diesen 3 Jahren bis jetzt aber wenig bis gar nichts passiert. Wir sind überzeugt, wenn diese Stelle heute bewilligt wird, wird alles weiter hinausgeschoben. Bevor ein Personalentscheid gefällt werden soll, muss zuerst eine gemeinsame Lösung mit der Kreisschule auf den Tisch. Die Kreisschule Buchs-Rohr hat das gleiche zweistufige Schulleitungsmodell wie die Schule Aarau und hat bereits einen Schulleiter, welcher mindestens teilweise durch die Gemeinde finanziert wird. Wird die Stelle heute Abend bewilligt, haben wir im Falle einer Fusion (in welcher Form auch immer) plötzlich zwei Schulleiter mit Koordinationsaufgaben, welche durch die Gemeinde finanziert werden. Man muss wohl kein Prophet sein, um zu behaupten, dass dann sicher keines dieser beiden Pensen abgebaut wird. Zusätzliche Unsicherheit bringt auch noch die anstehende Anpassung auf 6 Jahre Primarschule und 3 Jahre Oberstufe; auch da können dann plötzlich wieder Pensen verschoben werden. Wie bereits im Referat der Sachkommission erwähnt worden ist, bemängeln auch wir, dass die zu dieser Vorlage erhaltenen Unterlagen, Aktenaufgabe inklusive, sehr dürftig ausgefallen sind. Mit Unterlagen ist sehr zurückhaltend umgegangen worden. Die Fraktion der SVP fordert den Stadtrat und die Schulpflege auf, nun endgültig mit einer Zusammenarbeit oder Fusion mit der Kreisschule Buchs-Rohr vorwärts zu machen. Obwohl wir, wie eingangs schon erwähnt, den Bedarf dieses Pensums sehen, ist der Zeitpunkt für eine Einstellung eines Gesamtschulleiters im Moment der falsche. Bevor die zukünftige Zusammenarbeit der Schule Aarau mit der Kreisschule Buchs-Rohr nicht geklärt ist, soll mit einer Erhöhung der Stellenprozente noch abgewartet werden.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Wir kommen nun zur Debatte über den Rückweisungsantrag der SVP.

**Lukas Pfisterer, Stadtrat:** Die SVP hat einen Rückweisungsantrag gestellt, welchen sie mit dem falsch gewählten Zeitpunkt begründet. Bevor die zukünftige Zusammenarbeit mit der Kreisschule Buchs-Rohr bzw. mit der Gemeinde Buchs nicht geklärt sei, solle hier zugewartet werden. Herr Bonorand hat mich zitiert, man habe erst im Jahre 2015/2016 eine Lösung. Das habe ich nicht gesagt. Ich bitte Sie, mich richtig zu zitieren. Ich habe erklärt, dass der Einwohnerrat in diesem Jahr über eine Lösung entscheiden können sollte. Im Schuljahr 2015/2016 solle diese Lösung dann umgesetzt sein. Das ist immerhin eine Differenz von ca. zwei Jahren. Noch dieses Jahr soll also ein Schritt weitergegangen werden. Ich versichere Ihnen, dass wir sehr wohl vorwärts machen betr. dieser Schulfrage. Es ist aber nicht ganz so einfach, wie das von aussen her aussieht. Ich habe vorhin schon ausgeführt, welche Lösungen wir diskutieren: eine grosse Kreisschule oder zwei Schulen je bei der entsprechenden politischen Gemeinde mit vertraglichen Zusammenarbeiten. Möglicherweise ist es tatsächlich so, dass wir bei einer grossen Kreisschule nur noch eine Gesamtschulleitung brauchen. Aber bei zwei Schulen werden zwei Schulleitungen gebraucht, nämlich je eine pro Gemeinde. Heute diskutieren wir aber gar nicht über die Gesamtschulleitungen. Es geht nicht darum, über das System zu diskutieren. Wir stellen nicht die Frage, ob Sie ein zweistufiges oder ein einstufiges Modell der Schulleitung möchten und ob Sie eine Gesamtschulleitung mit welchem Pen-

sum bei einem zweistufigen Modell bevorzugten. Wir diskutieren eben genau nicht diese Stelle. Diese Stelle gibt es, nur ist sie im Moment nicht besetzt. Das ist der springende Punkt. Wir diskutieren heute über 100 % Schulleitungspensum in den Schulhäusern. Das hat überhaupt nichts mit den Gesamtschulleitungen zu tun. Wenn Sie diese Vorlage jetzt zurückweisen, so weiss ich nicht genau, was wir dann tun sollen, denn der Inhalt des heutigen Beschlusses betrifft, wie gesagt, nicht die Gesamtschulleitung. Diese ist vom Stimmvolk bei der Einführung der geleiteten Schule beschlossen worden. Deshalb ist dieser Rückweisungsantrag sachlich falsch und dahinter steckt, wie gesagt, der Gedanke, dass es nur eine Gesamtschulleitung brauche. Aber das ist eben nicht das Thema. Es geht um die untere Ebene, nämlich um die Pensen der Schulleitungen in den Schulhäusern. Das hängt wenig mit der Organisation mit Buchs zusammen. Die Schulleitungspensen werden nämlich aufgrund des Stellenschlüssels, welchen der Kanton vorgibt, berechnet. Bei uns sind es mehr Stellenprozente, weil bei uns in Aarau noch eine Gesamtschulleitung dazukommt. Aber das ist heute eben nicht das Thema.

**Susanne Heuberger:** Ich möchte mich nicht zum Ordnungsantrag äussern. Dieser ist klar formuliert. Ich möchte aber gerne noch eine Replik auf die Äusserungen von Stadtrat Lukas Pfisterer anfügen: Er sagt, diese Stelle gäbe es schon, man müsse sie jetzt noch besetzen. Diese Stelle gibt es auf dem Papier, bzw. gibt es nicht mehr, weil sie nach unten verschoben worden ist. Wenn es diese Stelle wirklich gibt und man sie besetzen kann, dann wäre es sehr wahrscheinlich nicht so schwierig. Es ist aber ganz schwierig. Wir haben gehört, dass dieses Schulleitungsmodell seit 2005 bei uns besteht. In diesen beinahe sieben Jahr war diese Stelle in über der Hälfte der Zeit nicht besetzt. Dies hatte verschiedene Gründe, u. a. waren es falsche Personalentscheide. Man will hier neu auf "Assessments" setzen. Das hat man bis jetzt auch noch nie getan. Es ist eigentlich traurig, dass man das erst jetzt gemerkt hat. Wir haben einfach das Gefühl, dass hier der Einwohnerrat missbraucht worden ist, als die Stellenprozente nach unten verschoben worden sind. Ich würde es schön finden, wenn man den Rückweisungsantrag unterstützen könnte. Das Finden einer Lösung mit den verschiedenen Schulen würde voraussetzen, dass wir im Einwohnerrat ernsthaft darüber politisieren und nicht nur einfach, weil das Geschäft aus der Schule kommt, die wir als "geschützte Werkstatt" anschauen, Sachen durchwinken, bei denen wir nachher mehr Probleme haben, als wenn wir das Geschäft jetzt zurückweisen und abwarten, wie das allenfalls mit einer Fusionslösung weitergeht.

**Hans Fügli:** Die SP-Fraktion hat sich ebenfalls eine Rückweisung überlegt. Sie hat dann aber Abstand davon genommen, und zwar aus folgenden Gründen: Für uns ist klar, dass die Schule Aarau jetzt Ruhe braucht. Sie hat eine neue Schulpflege, welche sich neu konstituiert hat, motiviert an die Arbeit geht, die Sachen positiv aufnimmt und betrachtet. Besonders wichtig ist, dass die Schule gegenüber dem Kanton nun wieder mit einer grünen Ampel dasteht und die rote Ampel abgeschüttelt werden konnte. Diese war ja eigentlich peinlich für die Stadt Aarau. Hier geht es darum, dass die Strukturen wieder aufgefüllt werden und das zweistufige System, wie es gedacht war, sauber durchgeführt werden kann. Die beteiligten Personen sollen motiviert arbeiten können, und dafür braucht es die Gesamtschulleitung, auch wenn es bei dieser Vorlage jetzt nicht darum geht. Die Schulpflege war jetzt einsichtig und ich habe Herrn Fondado an der Sachkommissionssitzung als sehr kompetent erlebt. Ich finde, man sollte der Schule Aarau jetzt die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen, um die Arbeit zum Gelingen zu bringen, wenn die Zusammenführung der Schulen dann allenfalls kommt.

**Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege:** Im letzten März hat die Schulpflege einen politisch wirklich heiklen Entschluss gefasst, aufgrund der Vakanz der damaligen Gesamtschul-

leitung die Stellenprozente auf die Schulleitungsebene hinunter zu geben. Diese Stellenprozente sind eigentlich brach gelegen, aber die Probleme, welche wir in der Schule hatten, mussten gelöst werden. Viel Arbeit stand an, die Schulleitungen mussten das bewältigen und auch die Schulpflege hat mitgearbeitet. Gleichzeitig haben wir eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Schulpflege und der Schulleitung gegründet. Wir haben das Modell hinterfragt. Im Bericht der externen Schulevaluation war das ein Punkt. Man hat gesehen, dass dieses Modell in Aarau scheinbar nie richtig funktioniert hat. Die Arbeitsgruppe kam schnell zum Schluss, dass für eine Schule von dieser Grösse und Komplexität wie in Aarau, mit all ihren Angeboten und Zusatzleistungen, ganz normale Standardberechnungen, wie der Kanton sie anstellt, nicht funktionieren. Da fehlen einfach Stellenprozente für eine Gesamtschulleitung. Andere Schulen im Kanton, z. B. Baden, finanzieren dies auch selber. Es gibt auch andere grosse Schulen, welche keine Gesamtschulleitung haben, das muss man auch sagen. Wohlen hat ein bisschen ein anderes System, Wettingen auch. Die kennen dort aber die Stelle eines "Schulverwalters". Diese Person ist in der Stadt- oder Gemeindeverwaltung angestellt und nimmt zusätzliche administrative Aufgaben wahr. Sie wird von der Gemeinde bezahlt. Das sind also auch zusätzliche Ressourcen. Wir haben hier in Aarau einfach gesehen, dass das Modell für uns nicht zur Diskussion steht. Wir brauchen die zusätzlichen Prozente, damit wir das Modell so ausstaffieren können, wie es eigentlich vorgesehen wäre. Das Thema mit der Kreisschule Buchs-Rohr tauchte in diesem Jahr auf. Man kann klar sagen, dass dieses Thema unser Geschäft etwas torpediert hat. Trotzdem brauchen wir die Stellenprozente heute in der Schule Aarau. Wir können nicht bis im Jahre 2015 warten. Die Schulleitungen machen eine tolle Arbeit, sie leisten viele Überstunden. Wenn man auch von Kaderleuten sagen könnte, das gehöre dazu, so machen die Schulleitungen noch ein wenig mehr. Auch die Schulpflege arbeitet viel und es würde der Schule Aarau guttun, wenn sie diese Stellenprozente erhalten würde, damit wir wirklich eine Geschäftsleitung installieren können und auch auf der Schulleitungsebene diese Prozente haben, um die Arbeit in den Schulhäusern machen zu können.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

#### **Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP:**

*Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 36 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen **abgelehnt**.*

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Somit kommen wir zur Detaildebatte zu diesem Geschäft.

**Christoph Waldmeier:** Im Hinblick auf die aktuelle Situation ist ein Gesamtschulleiter unbedingt notwendig. Die aktuelle Situation, dass sich Stufenleiter nebst dem Tagesgeschäft um die Belange der Gesamtschule Aarau kümmern müssen, ist nicht länger tragbar. An dieser Stelle herzlichen Dank für den grossartigen Mehreinsatz. Vergleicht man Gemeinden, die ebenfalls grössere Schulen haben, mit Aarau, so zeigt sich, dass beispielsweise Buchs und Baden ebenfalls einen Gesamtschulleiter in einem zweistufigen Schulleitungsmodell, wie es für Aarau vorgesehen ist, finanzieren. Unter den heutigen Bedingungen der Schule, mit immer mehr Einsprachen, schwierigeren Schülern, die zwingend an unserer Volksschule unterrichtet werden müssen, den vielen Spezialklassen und der integrativen Schule, ist ein Gesamtschulleiter, welcher den Überblick hat, unumgänglich. Die Schule Aarau hat steigende Schülerzahlen, weshalb in Zukunft mit mehr Stellenprozente durch den Kanton zu rechnen sein

wird und das würde die Kosten eines Gesamtschulleiters aus Sicht der Stadt längerfristig senken. Wir von der Fraktion Pro Aarau-EVP/EW-GLP sind aber enttäuscht über die magere Vorlage zu diesem wichtigen und nicht ganz günstigen Geschäft. Im Hinblick auf einen möglichen Zusammenschluss oder die intensiviertere Zusammenarbeit mit der Kreisschule Buchs-Rohr fragen wir uns schon auch, ob der Zeitpunkt richtig ist, jetzt einen neuen Gesamtschulleiter zu installieren. Es gibt Unsicherheiten darüber, ob ein neuer Gesamtschulleiter an der Basis nicht mehr zusätzliche Bürokratiearbeit bringt. Das Parlament hat mit Stabilo 1 zugestimmt, an der Basis der Schule Aarau Geld einzusparen, welches direkt den Schülern, Schulhäusern und Lehrpersonen zur Verfügung gestanden hätte. Nun wird dieses Geld in die Gesamtschulleitung, also in die Verwaltung, investiert. Wir wünschen uns für die Schule Aarau in Zukunft eine möglichst schlank geführte Organisation, was eine bessere Übersicht und Organisation ermöglichen würde. Wir empfehlen deshalb mehrheitlich die Vorlage zur Annahme und wünschen der Schulpflege ein gutes Händchen bei der Anstellung eines fähigen Gesamtschulleiters oder einer fähigen Gesamtschulleiterin.

**Hans Fügli:** Ich möchte meine bisherigen, spontanen Ausführungen mit der Meinung unserer SP-Fraktion komplettieren. Wie die Sachkommission, so hat auch die SP-Fraktion die Botschaft zur Erhöhung der Schulleitungspensen um 100 % mit einem gewissen Erstaunen aufgenommen. Nicht, dass wir die Notwendigkeit für eine Erhöhung nicht einsehen würden, aber der Umfang der Vorlage von nur fünf Seiten hat uns etwas erstaunt. Wir haben nur Tabellen und Organigramme gesehen. Wir haben uns die Frage gestellt, wer dafür verantwortlich sei, dass eine Vorlage so mager herauskommt. Für so viel Geld und eine so komplexe Sache ist es doch wichtig, dass man weiss, worum es geht. Wir haben letzthin über die Genehmigung einer anderen Stelle debattiert. Bei der Stelle für die Sozialen Dienste wussten wir sehr genau, worum es eigentlich ging. Zur heutigen Situation: Wir können mit der Aufstockung der Gesamtschulleitung nicht zuwarten, bis eine allfällige Lösung mit der Kreisschule Buchs-Rohr, oder wie sie dann auch herauskommt, vorhanden ist. Unserer Fraktion scheint es, und nun muss ich mit Herrn Pfisterer doch etwas ins Gericht gehen, dass der politische Wille zu schwach oder nicht vorhanden ist, endlich eine Lösung zu präsentieren. Wir haben heute ansatzweise etwas gehört, dass es im Herbst eine Vorlage gäbe und die Lösung dann im Schuljahr 2015/2016 umgesetzt sein solle. Das ist für uns eine sehr lange Zeit. Es ist doch schon drei Jahre her, seit die Fusion mit Rohr stattgefunden hat. Wir haben immer wieder gehört, es sei eine Arbeitsgruppe am Arbeiten. Der Einwohnerrat ist aber zu wenig über die Zwischenschritte informiert worden. Heute Abend haben wir wieder einmal etwas gehört. Wir wissen aber nichts Genaueres, und das stört unsere Fraktion und andere Fraktionen vielleicht ebenfalls. Es kann ja sein, dass wir mit der Komplettierung der Schulleitung einen notwendigen, frischen Wind erhalten, um die Aufgabe, welche im Herbst dann wohl klar ist, durchzuführen. Es braucht jemanden mit Engagement – und deshalb braucht es diese Stelle.

**Martina Suter:** Die Stadtfinanzen sind knapp, das wissen wir alle. Können wir der Schaffung einer neuen 100 %-Stelle zustimmen in diesem schwierigen finanziellen Umfeld? Nur, wenn das Kosten-/Nutzenverhältnis stimmt und es keine valable Alternative gibt. In diesem Geschäft scheint uns beides gegeben. Der Souverän hat sich vor einigen Jahren für das zweistufige Geschäftsleitungsmodell entschieden, das anschliessend auch eingeführt wurde. Die gesprochenen 400 % für die Schulleitungen in den Schulhäusern haben seit der Vakanz der schulhausübergreifenden Geschäftsleiterstelle nicht mehr ausgereicht. Aus der Not wurden die frei gewordenen 100 % von "oben nach unten" verteilt. Trotzdem ist die Auslastung der Schulleiter im Moment am obersten Limit angekommen. Gemäss Informationen des Stadtrates gehören bereits viele bis anhin ausgeführte Aufgaben eigentlich nicht in das Stellenportfo-

lio eines Schulleiters. Das Pflichtenheft wird in den nächsten Jahren aber überhaupt nicht dünner. Man denke an die bevorstehenden Arbeiten mit der Umstellung 6/3 ab Schuljahr 2014/15. Auch das Projekt für eine allfällige Kreisschule Buchs/Aarau bindet viele Ressourcen. Aarau muss jetzt handeln. Wir von der FDP sind uns einig, dass Bildung sehr wichtig ist und Bemühungen zur Qualitätssteigerung in der Schule unterstützt werden müssen. Über den Weg gibt es unterschiedliche Ansichten. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion stimmt der Erhöhung des Schulleitungspensums um 100 Stellenprocente zu – wenn auch nicht begeistert, aber aus Überzeugung, dass es in der Schule Aarau künftig nur noch grüne Ampeln geben darf. Wir erwarten aber, dass bei einer Entspannung der Lage, bzw. bei der Feststellung von Überkapazitäten von Schulleitungen oder Schulsekretariaten, die Pensen umgehend auch wieder nach unten korrigiert werden.

**Lukas Häusermann:** Für die CVP-Fraktion ist es wichtig, dass die Schule Aarau funktioniert und wir anerkennen, dass die Schulpflege am zweistufigen Modell festhalten will. Entsprechend ist für uns der zusätzliche Bedarf an einer Schulleiterstelle gegeben. All die übergeordneten Aufgaben der Schulorganisation, welche ich hier nicht mehr alle einzeln erwähnen möchte, und zusätzlich die Leitung der Schulhäuser sind mit 500 Stellenprozenten offensichtlich nicht machbar. Das haben die letzten Jahre gezeigt. Speziell erwähnen möchte ich, dass wir es gut finden, wenn wir hier nun den Mut der Schulpflege belohnen, nämlich den Mut, im letzten März zu entscheiden, die Stellenprocente nach unten zu geben. Man muss zugeben, dass wir jetzt einen etwas komplexen Fall haben. Wir müssen jetzt eine Schulleiterstelle bewilligen, obwohl dann nachher eine Geschäftsleitung neu eingestellt wird. Ich glaube aber, der damalige Entscheid der Schulpflege war richtig. Es ist auch gut, dass wir sie dafür jetzt nicht bestrafen. Bezüglich der Kreisschulgemeinde kann es durchaus sein, dass wir hier ein gewisses Kopfweh kreieren. Aber ich denke, dass das Kopfweh, welches wir nun durch diese zusätzlichen Stellenprocente vermeiden, das zukünftige Kopfweh mehr als kompensiert. Entsprechend unterstützt die CVP-Fraktion den stadträtlichen Antrag.

**Lukas Pfisterer, Stadtrat:** Ich danke Ihnen, dass Sie auf das Geschäft eingetreten sind. Damit haben Sie den Weg für eine Diskussion frei gemacht. Es ist eine Diskussion, welche schon lange und an einigen Stellen Bauchschmerzen verursacht und nun hoffentlich zu einem guten Ende geführt werden kann, sofern Sie dem Antrag des Stadtrates zustimmen. Die Schulpflege ist wirklich daran interessiert, diese Stellenausschreibung sorgfältig zu machen, um die richtige Person wählen zu können, welche die Schule Aarau auch tatsächlich gut führen kann. Wenn Sie diesem Antrag heute zustimmen, sind die notwendigen Ressourcen vorhanden, um die Schule Aarau wirklich durch die nächsten, grossen "Stürme" hindurchführen zu können. Diese "Stürme" kommen mit dem Modell 6/3, mit der künftigen Organisation mit der Kreisschule Buchs-Rohr oder mit der Schulraumplanung ganz sicher auf uns zu. Das sind ganz wichtige Geschäfte, welche in letzter Zeit eben nicht behandelt werden konnten. Die Gesamtschulleitung hätte diese Geschäfte behandeln müssen. Weil diese Stelle nicht besetzt war, sind diese Geschäfte liegen geblieben bzw. mussten von anderen Stellen übernommen werden. Noch einmal danke ich Ihnen, dass Sie auf das Geschäft eingetreten sind und es diskutiert haben. Die Schulpflege, alle Schulleiter und auch mich würde es freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

## **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen folgenden

## **Beschluss**

*Der Einwohnerrat bewilligt ein zusätzliches, von der Stadt Aarau finanziertes Schulleitungspensum von 100 %.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

## 11. Beschlussfassung über die Erheblicherklärung des Postulates der CVP, FDP und SVP: Umsetzung von Stabilo 2

---

Am 8. November 2012 haben die Fraktionen von **CVP, FDP und SVP** ein schriftlich begründetes Postulat zur Umsetzung von Stabilo 2 eingereicht. Bezüglich des Wortlauts des Begehrens wird auf das Postulat verwiesen.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Mit Botschaft vom 17. Dezember 2012 stellt der Stadtrat dem Einwohnerrat den Antrag, das Postulat sei zu überweisen.

**Jürg Dietiker:** Die SP-Fraktion enthält sich bei der Überweisung des Postulats zur Umsetzung von Stabilo 2 der Stimme. Wir sind klar dagegen, dass man bereits vor dem eigentlichen Start von Stabilo 2 in den Prozess eingreift. Die Projektleitung ist sinnvollerweise an eine externe Firma vergeben worden. Wir sehen darin eine grosse Chance, dass offen, grundlegend, neutral und professionell die vom Stadtrat genannten Hauptziele, Effizienzsteigerung und Aufgabenüberprüfung, angegangen werden. Seit Projektstart ist ein Begleitgremium "Aufgaben/Leistungen" mit dabei beim Projekt Stabilo 2. Hier werden alle Einwohnerratsfraktionen und der Stadtrat vertreten sein. In diesem Gremium und später im Einwohnerrat wird dann berechtigterweise das politische Kräfteressen und die Kompromissfindung in Sachen Schwerpunkte stattfinden. Das Postulat von CVP, FDP und SVP ist nach unserer Meinung unnötig. Damit wird zu früh das politische Hickhack rund um den Stabilisierungsprozess angezettelt und eine Dynamik ausgelöst, welche Stabilo 2 nach unserer Auffassung mehr schadet, als dient.

**Alexander Umbricht:** "Das deutsche Fernsehprogramm ist das beste der Welt. Gäbe es sonst die vielen Wiederholungen?" Dies ist ein Zitat von Jürgen von der Lippe. In diesem Sinne sehen wir das Postulat: Die Wiederholung von Offensichtlichem und praktisch genauso Beschlossenem macht das Postulat, naja... Die Fraktion, von der ich die Mitgliedsparteien nicht wiederholen muss, enthält sich bei dieser Abstimmung wegen mangelnder Relevanz der Wiederholung, bzw. wegen mangelnder Relevanz des Postulats, der Stimme.

**Markus Hutmacher:** Stabilo 2 soll einen Beitrag zur Stabilisierung der städtischen Finanzen leisten. Hinter diesem Anliegen stehen wir selbstverständlich auch ohne Wenn und Aber, aber für uns soll Sparen nicht zum Selbstzweck werden. Wenn in der städtischen Verwaltung Leerläufe eliminiert, die Effizienz gesteigert oder auch unnötige Leistungen gekürzt werden sollen, hat sicher niemand etwas dagegen. Stabilo 2 wurde aber auch mit der Idee, dass gemäss WOSA Ressourcen und Leistungen überprüft werden sollen, lanciert. Auch hinter diesen Ideen können wir stehen, wir werden uns aber für die für uns wichtigen Leistungen wehren. Wir verstehen somit Stabilo 2 nicht als radikale Sparübung, sondern als Fitnessprogramm für die gesamte Stadt. Das Postulat der bürgerlichen Fraktionen lehnen wir einerseits aus inhaltlichen und andererseits auch aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Das Postulat versteht Stabilo 2 einseitig als reine Sparübung. Selbstverständlich sind wir auch der Meinung, dass die Kostenentwicklung und die Ausgaben in einem städtischen Haushalt immer wieder sehr genau im Auge behalten werden müssen. Wir haben in der laufenden Legislatur auch entsprechend politisiert und uns nicht gescheut, Kürzungsanträge bei Stellenbegehren oder Ver-

zichtsansprüche bei Investitionen zu stellen. Wir haben diese Ansprüche nicht aus Knäusrigkeit gestellt, sondern weil wir wussten, und leider bei den beiden letzten Budgets auch bestätigt bekommen haben, dass von Sparmassnahmen nicht zuerst z. B. der Strassenbau oder schlecht geplante Investitionen, sondern soziale, kulturelle und Bildungsanliegen betroffen sind. Wir verstehen aber auch, dass die bürgerlichen Fraktionen jetzt dieses Postulat eingereicht haben. Sie haben in den letzten Budgetdebatten immer wieder vom grossen Einsparpotential beim städtischen Budget gesprochen. So hat für die FDP Hanspeter Hilfiker in der AZ ein Stabilo 2-Sparpotential von 5 bis 6 Millionen Franken als Ziel definiert. Dieser Betrag ist realistisch und notwendig, wenn die laufende Rechnung nur über Einsparungen ins Lot gebracht werden soll. Er ist aber unter dem Aspekt, dass im Budget nur rund ein Viertel nicht gebundene Ausgaben sind, eine Rosskur und nur mit massivsten Leistungskürzungen erreichbar. Vermutlich ist ein massiver Abbau von Vollzeitstellen notwendig, um die erwünschten Einsparungen zu erreichen. Für uns ist dieses Szenario aber nicht vorstellbar und wir bezweifeln, ob dann die politisch notwendigen Mehrheiten zu finden sind. Trotzdem sind wir, vor allem auch nach der Budgetabstimmung, der Meinung, dass Stabilo 2 mit einer grossen Ernsthaftigkeit und Ergebnisoffenheit gestartet werden soll, und entsprechend werden wir unseren Beitrag leisten. Der Stadtrat hat das Geschäft seriös vorbereitet, und alle Fraktionen können ihre Anliegen dank der Begleitgruppe direkt einbringen. Mit dem umfangreichen Kredit, welchen der Einwohnerrat gesprochen hat, wird das Geschäft sicher auf hohem, fachlichem Niveau begleitet und geführt. Wir erwarten, dass dieses Geschäft so jetzt auf gutem Weg ist. Wie einleitend ausgeführt, verstehen wir Stabilo 2 als Fitnessprogramm für die ganze Stadt. Das heisst, damit Stabilo 2 zu einem Erfolg werden kann, sollten sich alle, welche in irgend einer Funktion am Wohl dieser Stadt mitarbeiten, seien dies Mitarbeiter im eigentlichen Sinn, aber auch politische Amtsträger, hinterfragen, wie sie zu einer effizienten und professionellen Arbeit beitragen können. Für uns ist aber das vorliegende Postulat gerade der Beweis, dass der Mentalitätswandel auch in der Politik noch nicht stattgefunden hat. Es formuliert Anliegen und verlangt Vorgehensweisen, welche entweder in der Begleitgruppe eingebracht werden können oder einfach zu den Standardanforderungen eines solchen Auftrages gehören. Wir haben das Gefühl, dass mit ein wenig mehr Selbstverantwortung auf das Postulat hätte verzichtet werden können und entsprechend auch ein Beitrag an die Verbesserung der Effizienz in der Stadtverwaltung geleistet worden wäre.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

### **Abstimmung über die Überweisung des Postulats von CVP, FDP und SVP:**

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen folgenden

### **Beschluss**

*Das Postulat der Fraktionen CVP, FDP und SVP zur Umsetzung von Stabilo 2 wird an den Stadtrat **überwiesen**.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

## 12. Kreditabrechnung Fussgängerbrücke Gais (Neubau)

---

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Mit Datum vom 24. September 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Fussgängerbrücke Gais (Neubau)". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 830'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 865'103.45 ab. Es resultiert somit eine Kreditüberschreitung von Fr. 35'103.45 oder 4,23 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Fussgängerbrücke Gais (Neubau)".*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

### **13. Kreditabrechnung Projektierung Hintere Bahnhofstrasse, Mittelteil**

---

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Mit Datum vom 15. Oktober 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Projektierung Hintere Bahnhofstrasse, Mittelteil". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 200'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 42'208.90 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 157'791.10 oder 78,90 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

#### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Projektierung Hintere Bahnhofstrasse, Mittelteil".*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

**Marc Dübendorfer, Präsident:** Wir haben heute zwei Verabschiedungen aus dem Einwohnerrat Aarau vorzunehmen. Verabschiedet werden Franziska Graf und Ueli Bürgi, welche schriftlich ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat mitgeteilt haben.

Franziska Graf ist als sehr aktives und engagiertes Mitglied aufgefallen. Mitunter dürfte das auch ein Grund dafür sein, dass sie in den Grossen Rat des Kantons Aargau gewählt worden ist. Dieses Mandat hat dazu geführt, dass Franziska Graf mitteilt, ihre Kräfte nun dort möglichst gut einsetzen zu wollen. Seit drei Jahren war sie Mitglied des Einwohnerrates. In ihrem Schreiben blickt sie auf lehrreiche und schöne Jahre zurück und dankt für die gute Zusammenarbeit. Im Namen des Einwohnerrates kann ich das nur erwidern und ihr für die Zukunft eine interessante Zeit im selben Saal, aber in einem anderen Gremium und in einem grösseren Rahmen wünschen. Sie hat sich als Abschiedsgeschenk den Brieföffner gewünscht, welcher bei ihr "dank Grossratspost" sehr viel zum Einsatz kommen wird. Im Namen des Einwohnerrats überreiche ich Franziska Graf gerne den Brieföffner als Erinnerung.

Auch Ueli Bürgi hat seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekannt gegeben. Er will einer neuen, unverbrauchten Kraft Platz machen und wünscht dem Stadtrat und Einwohnerrat Weisheit in der Zukunft mit einem Zitat von Marcus Tullius Cicero (106–43 v. Chr.): "Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut werden, nicht zum Nutzen, denen er anvertraut ist." Ich wollte einmal wissen, was Cicero sonst noch für kluge Dinge erfunden hat. Ich habe etwas gefunden, welches ich völlig nicht wertend erwähne, bei dem ich aber beim Lesen lachen musste: "Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muss gemässigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen will." Das sagt Cicero aus. Ueli Bürgi war 13 Jahre Mitglied des Einwohnerrats Aarau. Er hat ein reichhaltiges Curriculum Vitae hier im Rat. Ueli Bürgi war Mitglied der WOSA-Kommission wie auch der Sachkommission. Ich verzichte auf das Verlesen der einzelnen Vorstösse, welche er eingereicht hat. Unvergessen bleibt mir persönlich aber sein Geschäft des Maienzug-Vorabends. Eigentlich muss man sagen, dass es ein Postulat "zur Stärkung des Maienzugs" war. Er ist damals alleine für sein eigenes Postulat aufgestanden und hatte hier im Rat nur Gegner. Das zeigt, dass es durchaus empfehlenswert ist, einmal gegen den Strom zu schwimmen. Man erinnert sich dann umso länger an jemanden. Ueli Bürgi's eloquente Auftritte am Rednerpult werden sicher vielen hier im Saal in Erinnerung bleiben. Ich möchte Ueli Bürgi ganz herzlich für seinen Einsatz danken und überreiche ihm gerne den wohlverdienten Zinnbecher.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 25. Februar 2013 statt. Die Einladung wird in den nächsten Tagen zugestellt werden. Ich wünsche allen erholsame Skiferien und hoffe, dass alle wieder gesund bei der nächsten Sitzung dabei sind.

Schluss der Sitzung: 23.00 Uhr

**EINWOHNERRAT AARAU**

Der Präsident:



Marc Dübendorfer

Der Protokollführer:



Stefan Berner